

# Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Standpunkt**  
Krise und Nachhaltigkeit –  
Mut zur Zukunft
- 9 **Forschung & Publikationen**  
Kommunen erwarten durch  
Corona weniger Einnahmen
- 22 **Neue Projekte**  
Wie wirken Smart-City-  
Vorhaben?
- 26 **Veranstaltungen**  
Kommunale Straßen-  
finanzierung – wie weiter?

## Editorial

### Standpunkt

- 4 Corona-Krise und Nachhaltigkeit – Mut zur Zukunft

### Forschung & Publikationen

- 8 Klimaschutz als wichtigste Zukunftsaufgabe der Städte
- 9 Kommunen erwarten weniger Einnahmen durch Corona-Pandemie
- 10 Blau-grün-graue Infrastrukturen in Kommunen planen und umsetzen
- 12 Was bewirken die Projekte der BMBF-Zukunftsstadtforschung?
- 13 Geteilte Mobilität in nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplänen
- 14 NRW-Kommunen erhalten Beratung bei Klimafolgenanpassung
- 15 Wie Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen können
- 21 Das Difu hat seine Online-Aktivitäten neu ausgerichtet

### Neue Projekte

- 22 Wie wirken Smart-City-Vorhaben?
- 22 Agenda 2030 vor Ort
- 23 Weniger Plastik
- 23 Schutz vor Bahnlärm

## Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 25 Jenseits der Kirchturmpolitik – gemeinsames Handeln ist gefragt
- 26 Kommunale Straßenfinanzierung – wie weiter?
- 27 Der ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende
- 28 Wissen in der Stadt – Chancen, Grenzen, Perspektiven
- 29 Zusammenhalt braucht Räume – Chancen für integrative Wohnformen

## Nachrichten & Service

- 16 Was sind eigentlich SDGs?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 31 Oberhausen – beeindruckender Wandel
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Mediennachlese

# Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Krise überschattet das gesellschaftliche Leben – das gilt auch für unsere Arbeit am Difu, und das gilt für das urbane Leben und das soziale Miteinander in unseren Städten. Wir versuchen – wie so viele – unsere Arbeit der veränderten Situation anzupassen. Inwieweit unsere Konzepte für die Städte der Zukunft auch nach der Krise noch Bestand haben werden, wissen wir nicht. Aber wir versuchen uns bei aller Unsicherheit dieser Aufgabe zu stellen. Es ist vornehmste Aufgabe von Wissenschaft, Ideen und Lösungen unter veränderten Rahmenbedingungen zu entwickeln. In Kürze werden Mitarbeiter\*innen des Difu in einem digitalen Berichtesonderheft erste Gedanken zum Themenkomplex „Städte, Corona, Zukunft“ publizieren.

Eine Annäherung an das Thema finden Sie bereits in diesem Berichte-Heft. Dr. Busso Grabow hat einen Standpunkt mit dem Titel „Corona-Krise und Nachhaltigkeit – Mut zur Zukunft“ geschrieben. Es ist kein Zufall, dass diesmal Busso Grabow Autor des Standpunkts ist. Am 30. Juni wird er altersbedingt als kaufmännischer Geschäftsführer aus der Institutsleitung des Difu ausscheiden. Wissend, dass man mit Superlativen nicht inflationär umgehen sollte, trifft die Zuschreibung, dass mit ihm eine Institution die Institutsleitung des Difu verlässt, zweifellos zu. Mehr als 35 Jahre am Difu, dienstältester Mitarbeiter, viele Jahre Leiter des Forschungsbereichs Wirtschaft und Finanzen und seit fast zehn Jahren kaufmännischer Leiter und Geschäftsführer. Die biografischen Daten sind beeindruckend, sie werden seiner Leistung für das Difu aber nicht gerecht.

Busso Grabow hat das Difu geprägt. In seiner Zeit als kaufmännischer Geschäftsführer musste sich das Difu grundlegend verändern. Es ist zu einem großen Anteil sein Verdienst, dass es dem Institut gelungen ist, seine wissenschaftliche Reputation mit wirtschaftlichem Erfolg zu verbinden. Sein Reformeifer und seine Lust, Strukturen zu optimieren, sind beeindruckend. Dass er dabei erfolgreich war und noch immer ist, hat viele Gründe. Die wichtigsten sind wohl seine Kreativität, seine überragende Kenntnis der DNA des Instituts und sein Selbstverständnis, Reformprozesse partizipativ und empathisch zu gestalten.

Die wissenschaftliche Arbeit hat Busso Grabow auch in den Jahren, in denen er formal „die Seiten gewechselt hat“, nicht losgelassen. Das Thema „Nachhaltigkeit und Stadt“ hat er in verschiedenen Projekten vorangetrieben und dem Institut in der Forschungslandschaft und bei den Städten Reputation verschafft. Wir freuen uns deshalb, dass er dem Difu in diesem Forschungsfeld – bei reduzierter Arbeitszeit – im Rahmen einer Stabsfunktion noch eine gewisse Zeit erhalten bleibt.

Ich persönlich habe Busso Grabow eine ganze Menge zu verdanken. Er hat mir geholfen, das Difu zu verstehen – und er hat mir knapp zwei Jahre lang immer kollegiale und freundschaftliche Zusammenarbeit geschenkt. Nach einem mittlerweile längeren Berufsleben weiß man, dass so etwas nicht selbstverständlich ist.

Ab 1. Juli wird Luise Adrian neue kaufmännische Geschäftsführerin des Difu sein. Viele, die das Difu kennen, kennen Luise Adrian. Sie wird sich Ihnen im nächsten Berichte-Heft ausführlich vorstellen. Mein Kollege Prof. Dr. Arno Bunzel und ich freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Luise Adrian in der Leitung des Instituts.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer

# Corona-Krise und Nachhaltigkeit – Mut zur Zukunft

Corona-Pandemie und Klimanotstand bedeuten auch: Suche nach Lösungen, Wille zum Verändern und Gestalten nachhaltiger Lebenswelten. Politik und Gesellschaft, Kommunen und Wissenschaftseinrichtungen wie das Difu stehen in der Verantwortung.

Ursprünglich sollte dies ein Standpunkt darüber werden, wie wir mit den Forderungen der jungen Menschen der Fridays-for-Future-Bewegung umgehen sollten. Wir, das sind die Verantwortlichen in Kommunen und Wissenschaft. Es sollte ein Beitrag über die Rolle von Wissenschaft werden, über die stärkere Übernahme von Verantwortung, über notwendige Radikalität im Denken und Tun und über Kommunikation von Krisenszenarien zu den Folgen des Klimawandels.

Wie irrelevant wäre aber ein Standpunkt in den Difu-Berichten im Frühjahr 2020, würde er sich nicht auf die größte Herausforderung der letzten Jahrzehnte beziehen, die Corona-Pandemie? Wir erleben einen Belastungstest der politischen Systeme und unserer repräsentativen Demokratie, der Kommunen und ihrer Einrichtungen, der Wirtschaftssysteme, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Funktionierens von Institutionen, der Verwundbarkeit unseres Landes und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen.

Die Bedeutung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Politikberatung rückt ins Scheinwerferlicht: Die Notwendigkeit, die Wissenschaft bei allen wichtigen Politikentscheidungen zu konsultieren und ihre Aussagen ernst zu nehmen, ist deutlicher als je zuvor. Wissenschaftler wie Professor Dr. Christian Drost, Leiter der Virologie der Berliner Charité, werden zu Medienstars. Seine Podcasts erzielten innerhalb eines Monats mehr als 15 Millionen Abrufe. Wir lernen, dass die Messlatte für verantwortungsvolles Handeln darin besteht, wie wissenschaftliche Empfehlungen in konsequente Maßnahmen umgesetzt werden.

Wir lernen – oder hören erstmals bewusst zu –, dass menscheitsbedrohende Pandemien wie Corona, SARS oder Ebola verstärkte Folge der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sind, so Prof. Dr. Johannes Vogel, Generaldirektor des Museums für Naturkunde Berlin oder die Forscherin und Nachhaltigkeitspreisträgerin Jane Goodall. Die Vor- und Nachteile der Globalisierung rücken uns wieder ins Bewusstsein: die gegenseitige Abhängigkeit, die Auswirkungen individuellen, lokalen, regionalen, nationalen und internationalen/globalen Handelns für die ganze Welt.

Und wir lernen etwas darüber, wie das System unserer einen Welt funktioniert: Wie Gesundheit, Klimawandel, sozialer Zusammenhalt und ökonomische Nachhaltigkeit eng zusammenhängen. Deutschland kann erzwungenermaßen innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit noch die Klimaziele 2020 erreichen – dies als politischen Erfolg zu verzeichnen, wäre mehr als fragwürdig.

Wir stellen zugleich fest, dass die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen auf staatlicher und kommunaler Ebene handlungsfähig sind, wenn es darauf ankommt. Die Regierung erhält für ihre Maßnahmen deutlichen Rückhalt in der Bevölkerung, Populisten und Fakten-Leugner verlieren Zuspruch, gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert neu und anders. Wir sind verblüfft und positiv überrascht, welche Mittel die Bundesregierung und die Länder einzusetzen bereit sind, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie und der verordneten Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens abzumildern, welche zusätzlichen Mittel in die Medizinforschung gesteckt werden. Umgekehrt: Gerade erst gab es dramatische Kürzungen der Förderung für angewandte Energieforschung. Entgegen offizieller Bekenntnisse der Bundesregierung zu Klimaschutz und Energiewende hat die Regierungskoalition die Finanzmittel für angewandte Energieforschung – nachzulesen unter [www.scientists4future.org](http://www.scientists4future.org) – für die nächsten drei Jahre drastisch gekürzt. Klima- und Corona-Krise unterliegen offensichtlich ganz unterschiedlichen politischen Reaktionsmustern.

Wir reiben uns die Augen: Hohe Ordnungsstrafen werden in Zeiten der Corona-Krise von vielen akzeptiert und befürwortet. Wir erinnern uns, dass selbst moderate Erhöhungen von Flug- oder Benzinsteuern einen großen Aufschrei vieler Menschen erzeugt haben. Zweierlei Maßstab?



Foto: Difu



Dr. Busso Grabow  
+49 30 39001-248  
grabow@difu.de



Sham Jaff  
@sham\_jaff

"Ich bin jung, deswegen juckt mich das Coronavirus nicht" ist der Zwillingbruder von "Ich bin alt, deswegen ist mir der Klimawandel egal".

543 nachm. · 16. März 2020 · [Twitter Web App](#)

7.441 Retweets 32.953 „Gefällt mir“-Angaben

Wir verfolgen täglich die Zahlen der durch das Corona-Virus verursachten Sterbefälle in Deutschland (Stand 19.05.2020: 8007), die das Dashboard des Robert-Koch-Instituts (RKI) ausweist. Dasselbe Institut schätzte in einem Bericht vom Juni 2019 die Zahl Hitzetoter im Sommer 2018 allein in Berlin und Hessen auf mehr als 1.200 (unzulässigerweise hochgerechnet wären es etwa 10.000 in Deutschland insgesamt). Besonders betroffen: Menschen über 75. Woran liegt es, dass solche Zahlen mit Bedauern zur Kenntnis genommen werden, Maßnahmen zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und notwendige Verhaltensänderungen unverändert wenig Akzeptanz finden?

Die Antworten dazu sind vergleichsweise einfach: Wenn Ursache-Wirkungs-Beziehungen so offensichtlich sind, wie bei Corona, werden auch Einbußen, Beeinträchtigungen, sogar gewisse finanzielle Einschnitte akzeptiert: Abstand halten, Social Distancing, Verzicht auf Dienstreisen führen zu sichtbar zurückgehenden Infektionszahlen. Verändertes Verhalten von Menschen und Wirtschaftssubjekten in Bezug auf den Klimawandel hat zunächst keinerlei sichtbare und spürbare Wirkungen. Unsere Gehirne schaffen es nur intellektuell, die Gefährdung der eigenen Großeltern aufgrund des nächsten Hitzesommers mit dem eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck in Verbindung zu bringen. In das für Sozialverhalten zuständige Frontalhirn schaffen es diese Zusammenhänge selten.

Die Corona-Pandemie überdeckt gerade die wichtigen Debatten des letzten Jahres: Klimawandel, Klimanotstand, Klimaanpassung, gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wie weit diese Debatten Wirkung in den Köpfen der Stadtspitzen gezeigt haben, zeigt das aktuelle OB-Barometer des Difu: Noch zu Jahresbeginn sahen die Oberbürgermeister\*innen den Klimawandel als das zentrale Zukunftsthema an. Die Fridays-for-Future-Bewegung mit ihren Forderungen an Politik, Verwaltung und Wissenschaft, aktiver, konsequenter, wirksamer zu werden, zeigte Wirkung. Nun muss sich zeigen, ob daraus auch sichtbare Resultate entstehen.

Allerdings wäre es unverändert zu kurz gedacht, nur noch Gesundheit und Klimawandel in den Vordergrund der gesellschaftlichen und politischen Debatten zu stellen. Die zentralen Herausforderungen für die Zukunft unseres Planeten sind wesentlich vielfältiger, wie es auch die Globale Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen aufzeigt. Um das zu verstehen, muss man nicht erst die vielen Millionen von Toten heranziehen, die durch Armut (SDG 1), Hunger (SDG 2), Geschlechter- und sexuelle Diskriminierung (SDG 5), verunreinigtes oder verseuchtes Wasser (SDG 6)

oder unzumutbare Arbeitsbedingungen (SDG 8) Jahr für Jahr sterben. Die Nachhaltigkeitsziele, denen fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt sind (Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft) bedingen einander in vielfacher Hinsicht. Die Ausbreitung von Pandemien hängt mit dem Schutz natürlicher



Ressourcen (SDGs 13, 14, 15) genauso zusammen, wie mit Good Governance, starken Institutionen, globalen Partnerschaften sowie resilienten Städten und Gemeinden (SDGs 11, 16, 17) oder mit unserer Art zu wirtschaften und unserem Konsumverhalten (SDGs 8, 12).

Aus der Vogelperspektive wird deutlich, dass sich trotz Corona-Krise eigentlich wenig geändert hat, wenn wir die großen Herausforderungen der Menschheit in den Blick nehmen. Der „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ zur Nachhaltigkeit (WBGU 2011) und der „Gesellschaftsvertrag für die urbane Transformation“ zur Nachhaltigkeit (WBGU 2016) sind unverändert notwendig, um besseres Leben in den planetaren Grenzen zu ermöglichen. Der normative Kompass für die (urbane) Transformation zur Nachhaltigkeit zeigt stabil in dieselbe Richtung.

Wir müssen aber bessere und vielleicht auch andere Geschichten erzählen, um möglichst viele zu motivieren, den Wandel mitzugestalten. Wir brauchen Politiker\*innen mit dem Mut, Entscheidungen auch trotz großer Unsicherheit zu treffen. Der moralische Maßstab von Politik rückt vor dem Hintergrund gravierender ethischer Konflikte neu ins Blickfeld.

Wir brauchen Sichtweisen, die verschiedene Fach- und Wissenschaftsdisziplinen noch stärker integriert betrachten: Ökonomie, Verhaltenspsychologie, Hirnforschung, Soziologie, IT-Expertise und viele andere mehr. Und wir brauchen mehr Transdisziplinarität: Politik, Management, Umsetzungsebene, Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam in ‚Reallaboren‘ von

der nationalen bis zur lokalen Ebene die Transformation mit Leben füllen. Und nicht zuletzt brauchen wir mehr Informationen. Trotz mancher ambitionierter Projekte (UN- und EU-Indikatorensets, der Nationalen Berichtsplattform zu den SDGs, oder dem SDG-Portal für Kommunen) sind wir noch weit davon entfernt, mit wirklich validen und aussagekräftigen Indikatoren messen zu können, wie es mit der Nachhaltigkeit, mit der Umsetzung der SDGs in global, national, regional und lokal bestellt ist. Man stelle sich vor, es gäbe so etwas wie das Corona-Dashboard für all die mehr oder weniger ausgeprägten, oft lebensbedrohlichen Krankheitssymptome unserer Welt. All diejenigen, die Verantwortung übernehmen müssen und wollen, müssten sich an den Entwicklungszahlen im Nachhaltigkeits-Dashboard messen lassen.

Was heißt das für die Kommunen? Politik und Verwaltung haben in Pandemiezeiten in vielen Fällen beispielhaft agiert, sie haben Verantwortung übernommen, haben meist angemessen und transparent kommuniziert. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen hat – bei mancher Kritik im Detail – in Zeiten der Krise gut funktioniert. Dabei legt die bedrohliche Entwicklung im Zeitraffer erneut ein klassisches Dilemma offen: In den Kommunen entscheidet sich, ob die Bewältigung der Corona-Krise gelingt. Gleichzeitig sind sie die aktuell Leidtragenden. Gewerbesteuerereinnahmen brechen massiv weg, struktur- und finanzschwache Städte mit ihren schon heute stark beschränkten Handlungsmöglichkeiten stehen vor dem finanziellen Kollaps. Kommunen können kein Geld drucken, sie hängen am Tropf des staatlichen Finanzsystems. Durch ihre strukturelle Unterfinanzierung ist die kommunale Selbstverwaltung in vielen Städten und Gemeinden in Gefahr. So sind die schnellen Forderungen nach einem finanziellen Schutzschirm und besserer Unterstützung im Gesundheitssektor naheliegend und berechtigt.

Dabei verhält es sich mit der Corona-Krise nicht viel anders als mit der „Großen Transformation zur Nachhaltigkeit“ insgesamt. Die wie ein Mantra wiederholten Aussagen aus Politik und Wissenschaft „In den Städten und Gemeinden wird sich entscheiden, ob nachhaltige Entwicklung ein Erfolg wird“ sind genauso wahr wie die Schlussfolgerung zwingend ist: Ohne eine neue und bessere Befähigung der Kommunen, zu Orten der Transformation werden zu können, werden wir auch die nationalen und globalen Nachhaltigkeitsziele nicht erreichen. Kommunen müssen resilienter werden (SDG 11!), der Staat muss bessere Katastrophenvorsorge zur Vermeidung von Katastrophenrisiken auf lokaler und regionaler Ebene ermöglichen.

Ein „Aber“ darf an dieser Stelle nicht fehlen. Ob der Wille zur radikalen Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit, zur Transformation auf kommunaler Ebene immer ausreichend vorhanden ist, muss bezweifelt werden. Selbst dort, wo sich Politik zu den Nachhaltigkeitszielen bekennt, muss gefragt werden, ob das ausreicht. Ein Beispiel: Klimanotstandskommunen im Klima-Bündnis verpflichten sich, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren und erheblich in Klimaanpassung zu investieren, ein ehrgeiziger Anspruch. Der Begriff „Klimanotstand“ wurde übrigens von der Fridays-for-Future-Bewegung entlehnt. Zweifelloso leisten die meisten dieser Städte einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung und daher ist es nicht nur, wie vielfach kritisiert, reine „Symbolpolitik“. Politik und Verwaltung sind sich allerdings bewusst, wie begrenzt ihre Möglichkeiten sind, notwendige radikale Verhaltensänderungen auf allen Ebenen, in Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu fördern. Vergleicht man die Einschränkungen, Strafandrohungen, Maßnahmenpakete und Investitionen, die derzeit zur Eindämmung der Pandemie getätigt werden, mit den klimabezogenen Aktivitäten, wird deutlich, wie unterschiedlich auch in den Kommunen „Notstand“ interpretiert wird.

Es braucht mehr von vielem: mehr Konsequenz im Denken und Tun, mehr Teilhabe und Beteiligung, mehr Kreativität (vgl. Policy-Brief des IASS) und nicht zuletzt eine bessere Finanzausstattung – und das nicht nur, wenn kommunale Institutionen Forderungen der Fridays-for-Future-Bewegung ernst nehmen und mehr Nachhaltigkeit wollen. Die Sorge, dass Bürger\*innen nicht mitgehen ist unberechtigt, da Umfragen zeigen, dass die Menschen sich oft mutigere Politiker\*innen wünschen, etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels oder der Armut in unseren Kommunen. Mut gehört auch dazu, Subsistenz zum Thema machen: In der Mobilität sind autonome E-SUVs nicht die Lösung, sondern das Problem, die Erhöhung von Raumwiderständen kann in Pendlerregionen Wunder wirken. Die Corona bedingten Einschränkungen können uns vielleicht helfen, die Augen dafür (wieder) zu öffnen.

Auch das Difu muss und wird sich und seine Arbeit neu hinterfragen: Wie kann es adäquat auf die offenen Fragen, die sich durch die aktuelle Pandemie-Situation stellen, reagieren? Was bedeutet Fridays for Future für ein kommunales Institut an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis? Gelingt es, die Bezüge zwischen der globalen Agenda und den krisenhaften Entwicklungen der ‚Jetzt-Zeit‘ überzeugend darzustellen und daraus wissenschaftlich fundierte Schlussfolgerungen abzuleiten?

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Das Institut forscht und berät seit vielen Jahren zu Nachhaltigkeit, Transformation, Zukunftsstadt, Smart City, Klimaschutz und Klimaanpassung oder gesellschaftlichem Zusammenhalt. Wissen über Folgeabschätzungen, Wirkungsforschung und Transformationsnotwendigkeiten ist in großer Breite vorhanden. Für den Umgang mit Pandemien, dem Klimawandel und der Großen Transformation gilt es, wirkungsvolle Hebel zu erforschen. Dafür brauchen wir auch im Difu die verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen. Wo solche Fachkenntnisse im Difu nicht vorhanden sind, müssen sie durch Kooperationen erschlossen werden.

Eine zentrale Forderung der Fridays-for-Future-Bewegung ist „Hört auf die Wissenschaft!“. Dabei wird verkannt, dass Wissenschaft – und damit auch das Difu – zwar viele fundierte Antworten geben kann, aber nicht den normativen und ethischen Kompass vorgeben sollte. Um Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihre Entscheidungen zu erleichtern, gilt auch für das Difu, in jeder Hinsicht den Komparativ zu leben: Es muss radikaler werden im Denken und in der Formulierung von Erkenntnissen, kreativer in der Erarbeitung von Lösungen, es muss die besseren „Geschichten“ erzählen, es muss aktiver formulieren und Akteur\*innen benennen, es muss noch stärker interdisziplinär und transdisziplinär forschen, es muss sich mit seiner Forschung konsequenter in den normativen Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, der globalen Agenda 2030 und der New Urban Agenda einordnen. Der Maßstab für Wissensaufbereitung und -transfer im Institut wird also sein, wie es gelingt, mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen Gehör zu finden, bei Verantwortungsträger\*innen in Politik und Verwaltung, in der Fachöffentlichkeit und der allgemeinen Öffentlichkeit.

Der Umgang mit aktuellen Krisen ist auch eine Frage der Sichtweise. Die Corona-Krise und der Klimawandel haben nicht nur eine Seite des Bedrohlichen und Unabänderlichen. Sie haben auch die Seite der aktiven Auseinandersetzung, der Suche nach Lösungen, des Verändern- und Gestaltenwollens. In Bezug auf die notwendige Große Transformation spricht Uwe Schneidewind von der „Zukunftskunst“ und meint damit die Kompetenz, „das Zusammenspiel von technologischen, ökonomischen, politisch-institutionellen und kulturellen Dynamiken in Prozessen der Großen Transformation zu verstehen und sie für das Projekt einer Nachhaltigen Entwicklung fruchtbar zu machen“.

Dabei geht es um kreative Prozesse. Wenn wir es positiv sehen, heißt es, dass wir die Generation sind, die den Wandel bewirken kann: Das Difu in



seiner besonderen Rolle ist dabei mittendrin. Wir – die Kommunen und das Difu – dürfen und sollen sogar Lust haben, hier mitgestalten zu können: „Mut zur Zukunft“. Gleichzeitig müssen wir weg von Weltuntergangsszenarien, die noch nie Lust auf Veränderung gebracht haben. Sie führen eher zur Schockstarre und der Einstellung „ist ja eh alles egal“. Die Psycholog\*innen wissen: Panik ist schlecht, ein gewisses Maß an Angst ist gut. Angst führt zu starker Aufmerksamkeits- und Leistungssteigerung, schärft die Sinne und führt zu Lösungswillen und einem der Bedrohungssituation angemessenen Verhalten.

Gerade in Zeiten der Corona-Krise gelingt es, Menschen trotz vieler Einbußen mitzunehmen. Wenn wir es darüber hinaus jetzt noch fertigbringen, positive Aspekte der Veränderung zu vermitteln, wie z.B. den Gewinn von „Qualitätszeit“, das zeitweise Verlassen des Hamsterrads, den Gewinn an Lebensqualität durch soziales Miteinander, dann birgt das große Chancen für die Zukunft.

Wenn nur ein Teil dessen, was durch die Notwendigkeiten der Corona-Krise innerhalb weniger Monate an Veränderungen passiert ist, auch nach dem Abklingen der Krisenerscheinungen in nachhaltigeres Handeln umgesetzt worden ist, – bei allen tragischen Folgen der Pandemie – so hat die Krise auch neue Chancen hervorgebracht: Entschleunigung, Rückfahren des Konsums und Einschränkung der Produktion manch überflüssiger Produkte, Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Verzicht auf Dienstreisen und Ersatz durch virtuelle Meetings, Stärkung des Gesundheitssystems und der Resilienz von Infrastrukturen und vieles andere mehr. Bleibt die Hoffnung, dass das nicht reines Wunschdenken ist.

Am Ende ist es nun doch ein Beitrag über die Rolle von Wissenschaft geworden, über die stärkere Übernahme von Verantwortung auf allen Ebenen, über notwendige Radikalität im Denken und Tun und über Kommunikation von Krisenszenarien – trotz, nein, gerade wegen Corona.

### Zum Weiterlesen

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (Hrsg.) (2016): Hauptgutachten. Der Umzug der Menschheit: die transformative Kraft der Städte, Berlin  
[www.bit.ly/2VhMwn3](http://www.bit.ly/2VhMwn3)

Vereinte Nationen (Hrsg.) (2017): Ziele für nachhaltige Entwicklung. Bericht 2017, New York.  
[www.bit.ly/2ZuEYjw](http://www.bit.ly/2ZuEYjw)

Uwe Schneidewind (2018): Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels.

Deutsches Institut für Urbanistik (Bearb.) u. Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, Berlin.  
[www.difu.de/7605](http://www.difu.de/7605)

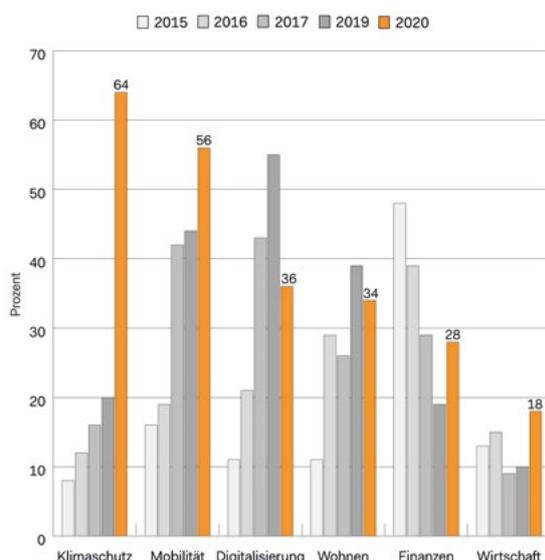
IASS Potsdam: Prozesse für gerechte Zukunftsgestaltung: Empfehlungen für die Reaktion auf Fridays for Future  
[www.bit.ly/2zae7OB](http://www.bit.ly/2zae7OB)

Was sind eigentlich SDGs?  
[www.difu.de/15237](http://www.difu.de/15237)

[www.scientists4future.org/](http://www.scientists4future.org/)

# Klimaschutz als wichtigste Zukunftsaufgabe der Städte

Städteumfrage „OB-Barometer 2020“ von Anfang des Jahres zeigt, welche kommunalpolitischen Themen aus Sicht der Stadtspitzen künftig an Bedeutung gewinnen und wo es großen Finanzierungsbedarf gibt.



Welche kommunalpolitischen Themen werden in den nächsten fünf Jahren an Bedeutung gewinnen (TOP 6)?

Klimaschutz und neue Mobilität sind, neben der Digitalisierung, die wichtigen Zukunftsthemen

Antworten der (Ober-)Bürgermeister/innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich

(Befragung: Januar/Februar 2020)

Quelle: OB-Barometer 2020.



Der Schutz des Klimas und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels werden für die Städte an Bedeutung zunehmen. Das ist eines der Ergebnisse der im Januar und Februar 2020 vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführten Befragung der (Ober-)Bürgermeister\*innen großer deutscher Städte. Knapp zwei Drittel der Befragten nennen den Klimaschutz als wichtiges kommunales Zukunftsthema. Damit hat sich die Zahl der Bürgermeister\*innen, die diesem kommunalpolitischen Handlungsfeld einen Bedeutungszuwachs zuschreiben, im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Zukünftige Umfragen werden zeigen, wie stark dieses Ergebnis durch die Proteste der ‚Fridays for Future‘-Bewegung beeinflusst war. Über die Hälfte der Befragten sieht ferner einen wachsenden Handlungsbedarf im Bereich Mobilität. Das Thema, das bereits im Vorjahr auf Platz zwei der Zukunftsthemen lag, hat damit für die Stadtspitzen nochmals an Bedeutung gewonnen. Das mag auch damit zu tun haben, dass urbane Mobilität ein wesentlicher Aspekt des kommunalen Klimaschutzes ist. Das TOP-Zukunftsthema der beiden Vorjahre, die Digitalisierung, liegt in der Befragung auf Platz drei der wichtigsten kommunalpolitischen Zukunftsthemen. Gut ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass die Digitalisierung in den nächsten fünf Jahren für die Städte an Bedeutung gewinnen wird. Weitere kommunalpolitische Themen, denen die Bürgermeister\*innen eine besonders hohe

Zukunftsrelevanz beimessen, sind die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Finanzlage der Städte und die Stärkung der Wirtschaft.

Die Stadtspitzen sind sich einig, dass mit den künftigen Herausforderungen der Städte ein hoher Finanzierungsbedarf verbunden ist. Dies gilt besonders für die Themen Mobilität und Klimaschutz. Knapp 90 Prozent derjenigen, für die dies zentrale Zukunftsthemen sind, gehen davon aus, hier große oder sehr große Investitionen tätigen zu müssen. Ähnlich ist dies in den Bereichen Digitalisierung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Hier halten immerhin noch rund drei Viertel der Stadtspitzen, die Digitalisierung und Wohnen unter den wichtigsten Zukunftsthemen der Städte sehen, den künftigen Finanzierungsbedarf in diesen Politikfeldern für hoch oder sehr hoch.

Die Umfrage wurde durchgeführt, bevor die Corona-Pandemie in Deutschland andere Themen in den Hintergrund drängte. Auch wenn in den Städten nach dem Ausnahmezustand wieder ein Stück weit Normalität eingekehrt sein sollte, wird der Blick der politisch Entscheidungstragenden auf die kommunale Welt ein anderer sein. Deswegen wird das Difu sich mit der Veröffentlichung der ausführlicheren Ergebnisse des OB-Barometers 2020 noch etwas Zeit lassen und hat hier den Fokus nur auf den kleinen Ausschnitt „Zukunftsfragen“ gerichtet.



[www.difu.de/12580](http://www.difu.de/12580)



Annegret Hoch  
+49 30 39001-198  
hoch@difu.de

# Kommunen erwarten weniger Einnahmen durch Corona-Pandemie

Eine vom Difu im Auftrag der KfW-Bankengruppe durchgeführte Blitzbefragung unter den Kämmereien der Kommunen zeigt, dass die Städte und Gemeinden einen deutlichen Einbruch ihrer Einnahmen und Investitionen erwarten.

Die Corona-Krise bildet für die Haushalte der Kommunen eine deutliche Zäsur. Dies ist das Ergebnis einer Blitzbefragung unter 200 Kommunen, die vom Difu im Auftrag der KfW Bankengruppe Ende April als Ergänzung zum KfW-Kommunalpanel durchgeführt wurde. Statt mit Haushaltsüberschüssen und sinkender Verschuldung rechnen die meisten Kommunen nun mit einem Einnahmeeinbruch, wachsenden Ausgaben und einer erneut ansteigenden Verschuldung. 90 Prozent der befragten Kämmereien blicken mit Sorgen auf das laufende Haushaltsjahr. Für 2021 erwarten sogar acht von zehn Kommunen eine Verschlechterung der Finanzen.



Foto: Christine Grabarse, Difu

Die aktuelle Befragung zu den haushaltspolitischen Folgen der Corona-Pandemie ist zwar nicht repräsentativ, gibt jedoch einen belastbaren Eindruck, wie stark die Kommunen betroffen sind. Auf der Einnahmenseite erwarten 42 Prozent der Städte und Gemeinden einen starken Rückgang, weitere 53 Prozent gehen von tendenziell sinkenden Einnahmen aus. Hauptursache sind wegbrechende Steuereinnahmen, die von 63 Prozent der kommunalen Haushälter\*innen prognostiziert werden. Fast jede vierte Kommune erwartet zudem sinkende Einnahmen aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit. Auch über das laufende Jahr hinaus wird die Krise spürbare Effekte haben: Ein Viertel der Kämmereien geht auch für 2021 von stark rückläufigen Einnahmen aus.

Mit Blick auf die Ausgabenseite sind die Kommunen ebenfalls pessimistisch: Sowohl für das Jahr 2020 als auch für die Folgejahre rechnet jede zweite Kommune mit steigenden Ausgaben in allen relevanten Haushaltsbereichen. Einzige Ausnahme bilden die Investitionen. Sach- und

Personalausgaben werden hingegen steigen und aus Sicht der Kämmereien die Haushalte substantiell belasten. Es ist aber vor allem der deutliche Anstieg der Sozialausgaben, der rund 70 Prozent der Kämmereien Sorgen bereitet. Auf diese sich abzeichnenden Herausforderungen reagiert laut Difu-Befragung rund ein Viertel der Kommunen mit Haushaltssperren. Ein Drittel bereitet bereits Nachtragshaushalte vor, um die finanziellen Folgen der Krise abzufangen. Dies dürfte bei ähnlich vielen Kommunen auch über eine höhere Verschuldung erfolgen. In 63 Prozent der Kommunen werden zudem Konsolidierungsmaßnahmen geplant. Im Ergebnis geht jede dritte Kommune von sinkenden oder stark sinkenden Investitionsausgaben im laufenden Jahr sowie für die Folgejahre ab 2021 aus. Bereits in der Vergangenheit haben die Kommunen erhebliche Investitionsrückstände aufgebaut, wie sie jährlich vom Difu im Rahmen des KfW-Kommunalpanels ermittelt werden. Im Jahr 2018 betrug dieser rund 138 Mrd. Euro.

Der sich abzeichnende Investitionsverzicht in einem Teil der Kommunen infolge der Verwerfungen in den städtischen Haushalten kann durchaus als ein Warnsignal gelten. Denn wenn die Kommunen jetzt nicht finanziell in die Lage versetzt werden, steigende Sozialausgaben zu bedienen, wird die Investitionstätigkeit leiden und die regionalen Disparitäten zwischen finanzstärkeren und strukturschwachen Kommunen wieder deutlich zunehmen. Dabei besteht angesichts der vielerorts maroden Infrastrukturen jetzt eigentlich eine ideale Gelegenheit, die Transformation der Kommunen hin zu grünen und nachhaltigen Technologien zu forcieren.

Hoffnung macht, dass immerhin 26 Prozent der Kommunen steigende Investitionen in den nächsten Jahren für möglich halten, wenn Bund und Länder Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg bringen – vor allem finanzielle Entlastungen, die von 49 Prozent der befragten Kämmereien als notwendige Voraussetzung zur Krisenbewältigung angesehen wird. Jede zweite Kommune erwartet, dass es zu einer Verschiebung von Investitionen innerhalb der Haushalte zugunsten „systemrelevanter“ Bereiche wie der Gesundheitsversorgung oder dem Katastrophenschutz in den Kommunen kommen dürfte.



[www.difu.de/15407](http://www.difu.de/15407)



Elisabeth Krone  
+49 20 39001-223  
krone@difu.de

Dr. Henrik Scheller  
+49 20 39001-295  
scheller@difu.de

# Blau-grün-graue Infrastrukturen in Kommunen planen und umsetzen

Die vernetzte Planung und Umsetzung blau-grün-grauer Infrastrukturen unterstützt die Klimaanpassung in den Kommunen. Eine neue Veröffentlichung des Forschungsverbunds netWORKS zeigt, worauf dabei geachtet werden muss.

Die Auswirkungen des Klimawandels haben einen erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität in Städten und ihre Ver- und Entsorgungssysteme. Starkregen, Überflutung, Hitze- und Trockenperioden werden sich allein durch angepasste technische Lösungen und Maßnahmen der Infrastrukturen nicht bewältigen lassen. Daher werden für die Klimaanpassung in Kommunen auch blaue und grüne Infrastrukturen – wie (urbane) Gewässer, Grünflächen oder Gründächer – in den Blick genommen. Die Vernetzung und das Zusammenspiel von blauen, grünen und grauen Infrastrukturen eröffnen vielfältige und zusätzliche Optionen bei der Anpassung der Kommunen an den Klimawandel. Blaue und grüne Infrastrukturen erfüllen zahlreiche Ökosystemleistungen, die in einer klimagerechten Stadtentwicklung genutzt werden können: Grüne Infrastrukturen können als Puffer bei Starkregen bzw. Überflutung dienen. Zugleich sind diese Infrastrukturen so zu gestalten und zu bewirtschaften, dass sie ihre Leistungen auch bei Hitze und Trockenheit optimal erbringen können. Denn in Hitze- und Trockenperioden müssen grüne Infrastrukturen bewässert werden, um z.B. die erwünschte Kühlleistung zu erbringen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, das Kompetenzzentrum Wasser Berlin und die Berliner Wasserbetriebe haben im Forschungsvorhaben netWORKS 4 gemeinsam die Möglichkeiten der Kopplung zwischen den drei Infrastruktursystemen identifiziert und beschrieben. Dabei wurden auch erste Bewertungen vorgenommen und geprüft, wie und wo Kopplung von blauen, grünen und grauen Infrastrukturen zu einer klimangepassten und klimagerechteren Stadt- und Infrastrukturentwicklung beitragen kann.

Die Vernetzung bzw. Kopplung dieser drei Infrastrukturen erfordern veränderte Verfahren und Prozesse zur integrierten Planung der Stadt und ihrer (Wasser-)Infrastrukturen: Bisher fehlen noch die notwendigen Verfahren, mit denen eine Planung und Umsetzung gekoppelter Infrastrukturen – unter Berücksichtigung der vielfältigen Wechselbezüge zum städtischen Raum – im Zuge der Infrastruktur- und Stadtplanung erfolgen können.



Daher ging es im Forschungsvorhaben zunächst darum, kommunale Planungsprozesse auf geeignete Anpassungen hin zu prüfen und eine Verständigung über Leitlinien der Infrastrukturentwicklung und Klimaanpassung herzustellen. In Zusammenarbeit mit den beiden Partnerstädten Berlin und Norderstedt wurde im Rahmen laufender städtebaulicher Planungsprozesse untersucht, wie vernetzte blau-grün-graue Infrastrukturen in der Planung verankert werden können. Dabei wurden in ausgewählten Transformationsräumen Machbarkeitsstudien gekoppelter Infrastrukturen partizipativ erarbeitet.

In der vom Difu und dem ISOE gemeinsam herausgegebene Publikation „Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen und umsetzen. Ein Beitrag zur Klimaanpassung in Kommunen“ werden die Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben netWORKS 4 gebündelt präsentiert.

Das Projekt netWORKS 4 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“ des Förderschwerpunkts Sozial-ökologische Forschung gefördert. Forschungs- und Projektpartner waren das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Kompetenzzentrum Wasser Berlin, die Berliner Wasserbetriebe, die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin sowie die Stadt Norderstedt und Ramboll Studio Dreiseitl.



[www.bit.ly/2Sp5Hd0](http://www.bit.ly/2Sp5Hd0)  
[www.networks-group.de](http://www.networks-group.de)



Dipl.-Soz. Jan Trapp  
+49 30 39001-210  
[trapp@difu.de](mailto:trapp@difu.de)

Dr.-Ing.  
Martina Winker, ISOE  
+49 69 7076919-53  
[winker@isoe.de](mailto:winker@isoe.de)



# Was bewirken die Projekte der BMBF-Zukunftsstadtforschung?

Das Difu untersuchte mit weiteren Forschungspartnern BMBF-Forschungsinitiativen auf ihre Wirkungen. Unterschiedliche Informationsformate unterstützen Kommunen, Medien und Projekt-Mitwirkende bei der Verwertung der Forschungsergebnisse.

Seit über zwei Jahren begleitet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die Aktivitäten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMBF) rund um die „Leitinitiative Zukunftsstadt“ sowie die Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. An der Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis trägt das Institut im „Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer\*Z)“ innovative projektübergreifende Ergebnisse und Lösungsstrategien in die Kommunen. Dabei wird eine Systematisierung entwickelt, mit der die angestrebten, möglichst realen Wirkungen von Förderprojekten – also die Wirkungen der BMBF-Forschungsinitiativen – erfasst und kategorisiert werden können.

## Broschürenreihe: Fokus\*Zukunftsstadt

Die neue Broschürenreihe „Fokus\*Zukunftsstadt“ bietet Reportagen zu den Fokusthemen. O-Töne und Geschichten sind darin anhand ausgewählter Projekte im Sinne des „Storytelling“ aufbereitet. Die Broschüren richten sich an die Zukunftsstadt-Community, Kommunen, Verbände und Medien. Das Material kann besonders für Journalist\*innen hilfreich sein, wenn sie über BMBF-Forschungsprojekte berichten möchten. In der ersten im März 2020 erschienenen Broschüre „Produktion in der Zukunftsstadt“ werden beispielsweise die Projekte „ProUrban“ und „Bottrop 2018plus“ vorgestellt, die in Reallaboren zur urbanen Produktion und Ökonomie forschen.



Foto: Screenshot der SynVer\*Z-Website (Ausschnitt)

## Werkstattbericht zu Wirkungen transdisziplinärer Stadtforschung

Im SynVer\*Z-Projekt werden die angestrebten Wirkungen der Projekte rund um die „Leitinitiative Zukunftsstadt“ analysiert. Zwischenergebnisse wurden in einem Werkstattbericht dokumentiert, den das „ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung“ erstellte. Darin werden die verschiedenen Wirkungsdimensionen, -felder und -formen jeweils beschrieben. Zudem gibt es eine Übersicht zu den Häufigkeiten der verschiedenen angestrebten Wirkungsarten in den analysierten Projekten.

Der Werkstattbericht soll den Projektmitarbeiter\*innen ein Feedback zu den angestrebten gesellschaftlichen Wirkungen ihrer jeweiligen Forschungsprojekte geben. Dadurch können sie ihre Projektergebnisse besser einordnen und reflektieren.

Zudem wurde im Werkstattbericht für jedes der 48 Projekte ein angepasstes Projektprofil erstellt. Darin sind die jeweils im Projekt gesehene Wirkungsarten genannt und individuell beschrieben. All dies wird in einem übersichtlichen Wirkungsschema dargestellt. Darüber hinaus sollen die Projektmitarbeiter\*innen auch beim Aufbau von Wirkungspotenzialen unterstützt werden. Der Bericht schließt daher mit einer Handreichung zur Wirkungsreflexion und zur Unterstützung bei der Wirkungsverstärkung. Ziel des Selbstreflexions-tools ist es, die Teilnehmenden dabei zu unterstützen, potenzielle und tatsächliche Wirkungen während des Projektverlaufs im Blick zu behalten.

Um die spannenden Aktivitäten der vielen unter dem Dach der „Leitinitiative Zukunftsstadt“ wirkenden Projekte sichtbar zu machen, wurden verschiedene Informations- und Unterstützungsformate entwickelt, die auf der SynVer\*Z-Website online zur Verfügung stehen. Dazu gehören Videoclips, Broschüren und ein Werkstattbericht:

### Videoclips: SynVer\*Z im Gespräch

Seit 2019 stellen Mitarbeiter\*innen aus Forschungsprojekten der BMBF-Leitinitiative Zukunftsstadt unter der Rubrik „Im Gespräch\*Z“ ihre Arbeitsergebnisse vor. Die Filmclips eröffnen einen Einblick in Hintergründe, Vorgehensweisen und Ergebnisse der Arbeiten in unterschiedlichen Städten. Das Angebot richtet sich vorrangig an die „Zukunftsstadt-Forschungscommunity“, Kommunen, Verbände und Medien.



[www.bit.ly/2xebbPX](http://www.bit.ly/2xebbPX)  
[www.bit.ly/2WawLh7](http://www.bit.ly/2WawLh7)  
[www.bit.ly/2QDVCaZ](http://www.bit.ly/2QDVCaZ)



**Dr. Jens Libbe**  
 +49 30 39001-115  
[libbe@difu.de](mailto:libbe@difu.de)

**Dr. Lena Bendlin**  
 +49 30 39001-222  
[bendlin@difu.de](mailto:bendlin@difu.de)

**Robert Riechel**  
 +49 30 39001-211  
[riechel@difu.de](mailto:riechel@difu.de)

# Geteilte Mobilität in nachhaltigen Verkehrsentwicklungsplänen

Ein vom Difu erstellter Leitfaden informiert über neue Mobilitätsformen und -technologien. Er beschreibt ihre Merkmale und erläutert, wie diese in Planwerken verankert werden können und welche Potenziale und Handlungserfordernisse für Kommunen entstehen.



Foto: Wulf-Holger Arndt, Difu

Der vom Difu im Rahmen des EU-Projekts CIVITAS-PROSPERITY erstellte Themenleitfaden für die Integration von Angeboten geteilter Mobilität in nachhaltige urbane Verkehrsentwicklungspläne „SUMP“ liegt nun auch in deutscher Sprache vor.

Städte und ihre Umlandgemeinden sind besonders stark durch individuellen Verkehr, aber auch durch Güter- und Dienstleistungsverkehr geprägt und belastet: Sie stehen vor der Herausforderung, die Negativfolgen des Verkehrs zu minimieren. Dies betrifft vor allem den Ausstoß schädlicher Klimagase, Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sowie Verkehrslärm. Zu den Negativfolgen zählt auch die hohe Flächeninanspruchnahme durch den motorisierten Individualverkehr (MIV). Vor allem der ruhende Verkehr belegt öffentliche Flächen im Übermaß.

Neue multimodale Mobilitätsoptionen bieten den Kommunen potenziell die Chance, fließenden und ruhenden Pkw-Verkehr durch neue Angebote zurückzudrängen und teilweise auch den Wirtschaftsverkehr zu reduzieren. Die Kommunen sehen sich dadurch aber auch mit diversen Herausforderungen konfrontiert – insbesondere, was die Regelungen für die Nutzung des öffentlichen Raums angeht: Der Großteil neuer Angebote wird von privatwirtschaftlichen Firmen bereitgestellt, die sich selbst als Mobilitätsdienstleister verstehen. Sie bieten die Nutzung ihrer Verkehrsmittel wie Fahrräder, E-Tretroller, E-Motorroller und Elektro- und herkömmliche Pkw digital und kostenpflichtig im öffentlichen (!) Raum an.

Bei der Nutzung des öffentlichen Raums haben Kommunen eine wichtige Gestaltungsfunktion. Geteilte Mobilität sollte daher in diesem Zusammenhang diskutiert und in Verkehrsentwicklungsplänen bzw. SUMP integriert werden. Integrierte Konzepte, die neue Mobilitätsdienstleistungen gezielt und strukturiert als Alternative zum Pkw-Besitz berücksichtigen und damit den Bedarf an Pkw-Stellplätzen reduzieren, sind wichtiger denn je. Sie gehören zu den Schlüsselfaktoren, um künftige Mobilität nachhaltig zu gestalten. Dabei sind acht Prinzipien des SUMP-Konzepts zu beachten, die im Leitfaden erläutert werden.

Die Einbindung des Themas geteilte Mobilität kann als „PULL-Faktor“ auch ein wichtiger Baustein für die Förderung des Umweltverbunds sein. Allen neuen Mobilitätsoptionen sollte gemeinsam sein, dass weniger Fahrten im „eigenen“, privaten Pkw durchgeführt werden. So kann durch die veränderte Verkehrsmittelwahl ein aktiver Beitrag zum Klima- und Umweltschutz geleistet werden – für Kommunen ein zentrales Anliegen. Auch Schritte zur Integration von Sharing-Systemen in die nachhaltige städtische Mobilitätsplanung werden im Leitfaden beschrieben.

Der kostenfreie Leitfaden stellt außerdem alle Mobilitätsoptionen vor, die für sämtliche Bevölkerungsgruppen potenziell zugänglich sind: öffentliche Fahrradverleihsysteme, E-Tretroller (E-Scooter-Sharing), E-Motorroller-Sharing, (E-) Carsharing, Mitfahrgelegenheiten (Ride-Sharing und Ride-Hailing) und die Frachtmithnahme.



[www.difu.de/13383](http://www.difu.de/13383)  
[www.difu.de/11815](http://www.difu.de/11815)



Dr.-Ing.  
Wulf-Holger Arndt  
+49 30 39001-252  
[arndt@difu.de](mailto:arndt@difu.de)

# NRW-Kommunen erhalten Beratung bei Klimafolgenanpassung

Neue Online-Veröffentlichung bietet Hintergrundinformationen zu Klimafolgen in Nordrhein-Westfalen und stellt Handlungsoptionen im Bereich Klimafolgenanpassung kombiniert mit Praxisbeispielen anschaulich vor.



Foto: Optigrün



Intensive Dachbegrünung als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel auf dem „Dortmunder U“

Der Klimawandel ist allgegenwärtig. Viele Bereiche des täglichen Lebens sind inzwischen von den Auswirkungen betroffen. Auch Nordrhein-Westfalen wurde in den vergangenen Jahren stark mit dem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur und den daraus resultierenden Extremwetterbedingungen konfrontiert. Zentrale Akteure im Umgang mit Starkregen, Trockenheit und Hitzewellen sind die Kommunen. Doch welche Maßnahmen sind überhaupt machbar? Wo kann kommunale Verwaltung eingreifen? Und wie können zukunftsfähige Projekte entwickelt werden?

Im Rahmen der „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ unterstützt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Umweltministeriums NRW Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen dabei, in der Klimavorsorge aktiv zu werden. Ziel der Kommunalberatung ist es, Wissen zur Klimafolgenanpassung in Kommunalpolitik und -verwaltung aufzubauen und die Umsetzung von integrierten Klimaanpassungskonzepten und -maßnahmen vorzubereiten.

Eine im Rahmen dieser Beratung neu entstandene Broschüre „Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten!“ zeigt, wie sich der Klimawandel gegenwärtig auf Kommunen auswirkt

und vermittelt einen Einblick, welche Maßnahmen, Prozesse und Potenziale zur Verstärkung der Klimafolgenanpassung als Querschnittsaufgabe anwendbar sind. Die Publikation regt beispielhaft zu Möglichkeiten einer klimaresilienten Gestaltung von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen an. Ein strategischer Ausbau grüner und blauer Infrastrukturen sowie die Entsiegelung von stadt-eigenem Grundeigentum sind nicht nur für die Klimavorsorge dienlich, sie steigern auch die regionale Attraktivität und Lebensqualität der Kommunen.

Das in Köln ansässige Team berät die Kommunen zur Initiierung, Durchführung und finanziellen Förderung von Maßnahmen – per Telefon, E-Mail und vor Ort. Mit Vorträgen wendet es sich zusätzlich an kommunalpolitische Gremien, für die auch Webinare angeboten werden.

Zusätzlich bietet ein zentrales Internetportal speziell für nordrhein-westfälische Kommunen umfassende Informationen, Praxisbeispiele, Termine und einen aktuellen Überblick über die sich ständig verändernde Förderlandschaft. Ein vierteljährlich erscheinender Newsletter informiert Kommunen und weitere interessierte Akteure kontinuierlich über aktuelle Entwicklungen.



[www.bit.ly/3cP6bB6](http://www.bit.ly/3cP6bB6)



Anna-Kristin Jolk  
+49 30 39001-133  
jolk@difu.de

Ulrike Vorwerk  
+49 221 340308-17  
vorwerk@difu.de

# Wie Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen können

Vom Abbau sozialräumlicher Konzentration von Armut bis zur nachhaltigen Gestaltung von Infrastrukturen: Fachleute aus den Bereichen Gesundheit und Stadtentwicklung geben Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung



Wie sollte eine gesundheitsfördernde und gleichzeitig nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aussehen? Dieser Frage ging die am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte „Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ (AGGSE) nach. Die Diskussionsergebnisse der bundesweit und inter- sowie transdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe wurden als „Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung“ in Form von fünf Thesen veröffentlicht.

Sollen in Kommunen gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse geschaffen werden, so ist es eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik, die ansteigende Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen abzubauen. Denn die räumliche Konzentration verstärkt Negativeffekte von Armut und ist nachweislich mit einer vergleichsweise schlechteren gesundheitlichen Lage verknüpft. Gleichzeitig ist laut AGGSE darauf zu achten, die vor allem in sozial benachteiligten Gebieten oft schlechte und gesundheitsbelastende Umweltqualität durch Maßnahmen der Lärmvermeidung, Luftreinhaltung und besserer Grünversorgung zu verbessern und damit für mehr Umweltgerechtigkeit zu sorgen. Ein Beitrag hierzu ist die Priorisierung des Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehrs und die Reduzierung des motorisierten Individual- und Güterverkehrs. Wichtig sind auch der Erhalt und die Entwicklung urbaner Grün- und Freiräume als Orte der Bewegung, Erholung, Naturerfahrung und sozialen Begegnung. Solche Räume erfüllen für Städte zudem wesentliche bioklimatische und ökologische Funktionen. Und schließlich gehört zu einer nachhaltigen gesundheitsfördernden Stadtentwicklung, dass sich alle

Menschen – unabhängig von ihrem Einkommens-, Bildungs- und Sozialstatus – aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Da all diese Aufgaben nicht allein vom Gesundheitssektor bewältigt werden können, sind auch die Bereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung, Umwelt und Grün, Verkehr und Mobilität gefragt, die örtlichen Lebensverhältnisse zu verbessern und zur Gesundheit beizutragen. Hierfür sind übergreifende Strategien und Maßnahmen nötig. Das Gesunde-Städte-Netzwerk, das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt sowie die Strategie Umweltgerechtigkeit sind hierfür gute Beispiele.

Aufgabe der Kommunen ist es, ihre sozialen, technischen und grünen Infrastrukturen zukunftsfähig und nachhaltig zu entwickeln. Diese Infrastrukturen tragen dazu bei, dass alle Menschen in einer Kommune gesund und ökologisch verträglich leben können. Die Kommunen haben hierbei einen eigenen großen Gestaltungsspielraum. Damit sie diesen nutzen können, müssen die finanziellen Ressourcen der Kommunen dauerhaft und kontinuierlich gestärkt werden.

Gesundheitsfördernde Politik in den Städten darf jedoch keine „Kirchturmpolitik“ sein. Sie muss global denken, um im lokalen Handeln auch globalisierten Herausforderungen gerecht zu werden. Diese finden ihren Ausdruck unter anderem in einer veränderten globalen Verbreitung von lebensbedrohlichen Infektionen sowie im weltweiten Klimawandel und seinen Folgen. Die Städte sollten sich künftig in globalen Bündnissen für eine nachhaltige Politik der Gesundheitsförderung einsetzen.



[www.bit.ly/332YL9f](http://www.bit.ly/332YL9f)



Dipl.-Ing.  
Christa Böhme  
+49 30 39001-291  
boehme@difu.de

# SDGs

Begriffe aus der kommunalen Szene,  
einfach erklärt

Die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) sind die aktuellen globalen Ziele der Vereinten Nationen (UN) für eine nachhaltige Entwicklung. Die SDGs wurden im September 2015 in New York als Kernstück der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet und von allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Als Basis dienen die zuvor veröffentlichten „Millenniums-Entwicklungsziele“ und die „Nachhaltigkeitsagenda“, die im Zuge des Rio-Prozesses verabschiedet wurde.

Die Agenda 2030 ist der erste umfassende politische Zielkatalog der UN, in dem soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung ausgewogen benannt werden und der sich gleichermaßen an Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländer richtet. Die 17 SDGs wurden in 169 Zielvorgaben bzw. Unterziele konkretisiert. Sie beziehen sich auf inhaltliche Ziele oder gehen auf mögliche Umsetzungswege mit finanziellen oder strukturellen Maßnahmen ein.

---

„Das Erreichen der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) kann nur im Zusammenspiel mit den Kommunen gelingen.“

---

Die Agenda 2030 ist in erster Linie ein Staatenvertrag. Jedoch werden mit ihr auch die Kommunen angesprochen: Über alle 17 Ziele hinweg in Zielvorgaben, die schließlich (auch) auf der lokalen Ebene umgesetzt werden müssen, und besonders mit dem SDG 11 für „Nachhaltige Städte und Siedlungen – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“.

In der Präambel werden die 17 Ziele als integriert und unteilbar kommuniziert.

In Deutschland sind bislang mehr als 140 Städte, Gemeinden und Kreise dem „Club der Agenda 2030-Kommunen“ beigetreten und haben sich mittels Ratsbeschluss zu den SDGs bekannt, die SDGs in lokale Zielvereinbarungen integriert oder bereits ein umfassendes SDG-Monitoring aufgebaut.



Weitere Begriffe online:  
[www.difu.de/6189](http://www.difu.de/6189)



## Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

### So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

### Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda

Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ [www.difu.de/12236](http://www.difu.de/12236)

### Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

### Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

### Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

### Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von

Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

### Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

## Difu-Arbeitshilfen

### Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch 3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

### Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl u.a.,

2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €

ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

### Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

## Difu-Impulse

### Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.)

Bd. 2/2020, zahlreiche Abb. und Fotos,

104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

### Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

### Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Von Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

### Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialog Borgholzhausen“

Von Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

### Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

### Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-626-1, **eBOOK** 16,99 €

### Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Von S. Schneider u.a., Bd. 6/2018, 160 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-619-3

### Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

### Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

## ★ Difu-Papers

### Kommunale Wirtschaftsförderung 2019: Strukturen, Aufgaben, Perspektiven **NEU**

Ergebnisse der Difu-Umfrage zur aktuellen Situation

der kommunalen Wirtschaftsförderung

Von Sandra Wagner-Endres, in Vorbereitung

2020, ca. 44 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

### Dialogbrücken im Stromnetzausbau

Die Mitwirkung von Kommunen an der Öffentlichkeitsbeteiligung am Beispiel Thüringen

Von Bettina Reimann u.a.

2020, 48 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €,

➔ [www.difu.de/13365](http://www.difu.de/13365)

### ÖPNV-Infrastruktur: Modell der Nutznießerfinanzierung

Von Oliver Mietzsch

2020, 40 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ [www.difu.de/13158](http://www.difu.de/13158)

### Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ [www.difu.de/11741](http://www.difu.de/11741)

## Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

[www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: [www.difu.de/12544](http://www.difu.de/12544)

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: [vertrieb@difu.de](mailto:vertrieb@difu.de)

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

### Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

#### OB-Barometer 2020 **NEU**

Busso Grabow, Carsten Kühl (Hrsg.)  
2020, 4 S., nur online, in Vorbereitung  
➔ [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Klimaschutz & Finanzen **NEU**

Kommunen investieren in eine lebenswerte Zukunft  
Difu (Hrsg.), J. Walter (Bearb.)  
2020, 72 S., nur online, in Vorbereitung  
➔ [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Städtebaulicher Denkmalschutz 2009 – 2015 **NEU**

Zwischenevaluierung des Städtebau-  
förderungsprogramms  
Von Daniela Michalski und Franciska Frölich v.  
Bodelschwingh, BBSR (Hrsg.)  
2020, 126 S., nur online  
➔ [www.difu.de/15399](http://www.difu.de/15399)

#### Bürgerinnen und Bürger an der Verkehrs- wende beteiligen **NEU**

Erkenntnisse, Erfahrungen und Diskussions-  
stand des Städtetzwerktreffens aus dem lau-  
fenden BMU-Forschungsprojekt „City2Share“  
und kommunaler Umsetzungspraxis  
Thomas Stein, Uta Bauer (Hrsg.)  
2020, ca. 50 S., nur online  
➔ [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

#### Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen und umsetzen **NEU**

Ein Beitrag zur Klimaanpassung in Kommunen  
Jan-Hendrik Trapp, Martina Winker (Hrsg.)  
2020, ca. 80 S., nur online  
➔ [www.difu.de/15415](http://www.difu.de/15415)

#### Fallstudien guter Praxis der BNE- Verankerung in Kommunen **NEU**

Projektbericht  
Von Jasmin Jossin und Beate Hollbach-Grömig  
2020, 56 S., nur online  
➔ [www.difu.de/13431](http://www.difu.de/13431)

#### #klimahacks No. 3: Eine Anleitung für mehr Klimaschutz **NEU**

Mach Dein Projekt zu klimafreundlichem  
Tourismus  
Difu (Hrsg.), 2020, 8 S., nur online  
➔ [www.difu.de/13399](http://www.difu.de/13399)

#### Integration von Ansätzen geteilter Mobilität in nachhaltigen urbanen Verkehrsentwicklungsplänen (SUMP)

Ein Themenleitfaden  
Von Wulf-Holger Arndt, Victoria Langer u.a.  
2019, 56 S., nur online  
➔ [www.difu.de/13383](http://www.difu.de/13383)

#### Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten!

Kompakte Infos, Umsetzungsmöglichkeiten  
und Praxisbeispiele  
Von Jens Hasse u.a., Kommunalberatung Klima-  
folgenanpassung NRW (Hrsg.)  
2020, 22 S., vierfarbig, nur online  
➔ [www.difu.de/13359](http://www.difu.de/13359)

#### #klimahacks No. 2: Mach Dein Projekt zu klimafreundlicher Ernährung

Eine Anleitung für mehr Klimaschutz  
Difu (Hrsg.), 2019, 8 S., nur online  
➔ [www.difu.de/13066](http://www.difu.de/13066)

#### #klimahacks No. 1: Mach Dein Projekt zu Lastenrädern

Difu (Hrsg.), 2019, 8 S., nur online  
➔ [www.difu.de/13033](http://www.difu.de/13033)

#### Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der Energiewende

Potenziale, Verteilung und Ausgleichsbedarfe  
am Beispiel des Landkreises Ahrweiler  
Von S. Schneider, B. Walker, D. Assmann  
2019, 55 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12999](http://www.difu.de/12999)

#### Kommunale Klima- und Energiescouts

Azubis aktiv für Klimaschutz 2019  
Von Jan Walter u.a.  
2019, 38 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12845](http://www.difu.de/12845)

#### Klimaschutz in Bewegung: Wie Ihre Kommune fahrradfreundlich wird

Die Fördermöglichkeiten der Nationalen  
Klimaschutzinitiative  
SK:KK (Hrsg.), 2019, 4 S.  
➔ [www.difu.de/12968](http://www.difu.de/12968)

#### Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation

Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich  
geprägten Regionen  
Von Jan Hendrik Trapp u.a.  
2019, 67 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12825](http://www.difu.de/12825)

#### Kommunalumfrage: Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft

Bericht im Rahmen des Forschungsprojekts  
„Zusammenhalt braucht Räume – Integratives  
Wohnen mit Zuwanderern“  
Von G. Kirchhoff, D. Landua und B. Reimann  
2019, 46 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12855](http://www.difu.de/12855)

#### Umfrage Wirkung der Deutschen Anpas- sungsstrategie (DAS) für die Kommunen

Von J. Hasse und L. Willen, UBA-Bericht 1/2019  
2019, 149 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12409](http://www.difu.de/12409)

#### Klimaschutz & Luftreinhaltung

Strategien und Maßnahmen für saubere Luft in  
Kommunen  
Difu (Hrsg.), Franziska Wittkötter (Bearb.)  
2019, 80 S., vierfarbig, kostenlos  
➔ [www.difu.de/12723](http://www.difu.de/12723)

#### Räumliche Dimensionen der Digitalisierung

Handlungsbedarfe für die Stadtentwicklungs-  
planung. Ein Thesenpapier  
Von Roman Soike, Jens Libbe u.a.  
2019, 30 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12893](http://www.difu.de/12893)

#### Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2018

Klimaaktive Kommune 2018. Ein Wettbewerb  
des Bundesumweltministeriums und des  
Deutschen Instituts für Urbanistik  
Difu (Hrsg.), BMU (Förderer)  
2019, 83 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12591](http://www.difu.de/12591)

#### Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Herausforderungen für Kommunen und  
Beispiele aus der Praxis  
Von G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting  
2019, 54 S., nur online  
➔ [www.difu.de/12581](http://www.difu.de/12581)

#### Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl.  
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)  
2018, 454 S., nur online  
ISBN 978-3-88118-585-1  
➔ [www.difu.de/11742](http://www.difu.de/11742)

### Zeitschrift

#### Räume der Angst **NEU**

Moderne Stadtgeschichte  
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2020, ca. 180 S.,  
in Vorbereitung  
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

#### Stadt und Vergnügen

Moderne Stadtgeschichte  
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2019, 152 S.  
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 €

### ★ Dokumentationen

#### Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2019, 174 S.  
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €  
➔ [www.difu.de/13161](http://www.difu.de/13161)

#### Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Jan Treibert (Bearb.),  
2019, 212 S.  
Einzelband 36,40 €, Jahresabo 28 €  
➔ [www.difu.de/13162](http://www.difu.de/13162)



Foto: Marcus Sielaff

## Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit ihnen sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse auf allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

### Persönliche Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwendungsstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ [www.difu.de/12807](http://www.difu.de/12807)

### Fortbildung

Ob vor Ort oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge

➔ [www.difu.de/6263](http://www.difu.de/6263)

### Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ [www.difu.de/projekte](http://www.difu.de/projekte)

### Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ [www.difu.de/6263](http://www.difu.de/6263)

### 24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ [www.difu.de/37](http://www.difu.de/37)

### Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich zudem über Neuerscheinungen exklusiv per RSS-Feed informieren lassen.

➔ [www.difu.de/43](http://www.difu.de/43)

### Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

➔ eBook-Bezug: [www.difu.de/12544](http://www.difu.de/12544)

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

### Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ [www.difu.de/6207](http://www.difu.de/6207)



**Sybille Wenke-Thiem**  
Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Difu-Beitritt und Zuwander  
+49 30 39001-208/209  
[wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

**Dipl.-Pol.  
Patrick Diekelmann**  
Beratung ebooks  
+49 30 39001-254  
[diekelmann@difu.de](mailto:diekelmann@difu.de)

**Susanne Plagemann  
M.A.**  
Internet/Extranet  
+49 30 39001-274  
[plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)

**Dipl.-Geogr.  
Luise Adrian**  
Fortbildung  
+49 30 39001-149  
[adrian@difu.de](mailto:adrian@difu.de)

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von  
Deutsches Institut für Urbanistik  
Zimmerstraße 13-15  
10969 Berlin  
www.difu.de

Redaktion  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter  
Mitarbeit von Vera Gutofski, Johannes  
Maximilian Holz und Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD  
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout  
Vera Gutofski

Fotos  
Cover, S.11, S.30: Busso Grabow  
Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw.  
www.unsplash.com. Herzlichen Dank an alle  
Fotografierenden sowie an die Plattformen für  
die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler  
Difu-Pressestelle  
Tel. +49 30 39001-208  
Fax +49 30 39001-130  
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise  
Jahrgang 46/vierteljährlich  
ISSN 1439-6343  
Stand: 26.5.2020

Druck  
oeding print GmbH, Braunschweig.  
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.  
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.  
100 Prozent PEFC.

Weiterverwendung der Texte:  
Frei, bei Nennung der Quelle.  
Belegexemplar/-Link/-PDF an die  
Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informiert das Difu-Magazin  
Berichte u.a. über Forschungsergebnisse,  
Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte  
und Veranstaltungen.

Informiert sein, Umwelt schonen  
Platz sparen: herzlichen Dank dafür!

Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-  
Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996.  
Der Umstieg auf die papierlose Version hat  
viele Vorteile: Umwelt schonen, Platz sparen,  
früher informiert sein – und das Difu von den  
Portokosten entlasten. Der Wechsel ist einfach:  
E-Mail-Adresse eintragen und absenden. Sie  
erhalten eine Bestätigung per Mail. Senden  
Sie anschließend einfach eine kurze Mail an  
presse@difu.de und teilen uns mit, welche bis-  
herige Postadresse wir dafür streichen dürfen.  
Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten  
eAbo\*innen eine E-Mail mit dem Link zum  
aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo er-  
halten sie das Heft sogar ca. zwei Wochen vor  
dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck-  
und Versandzeiten entfallen. Das Archiv ist stets  
auf der Difu-Homepage zu finden:  
➔ www.difu.de/15194 (eVerteiler)  
➔ www.bit.ly/3bYGTIP (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert der kostenfreie  
E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interes-  
sante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.  
➔ www.difu.de/newsletter

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,  
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen  
➔ www.difu.de/15162

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum  
Download auf der Difu-Homepage zur  
Verfügung. Andere können als Printexemplare  
oder eBooks käuflich erworben werden.  
➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsreihe

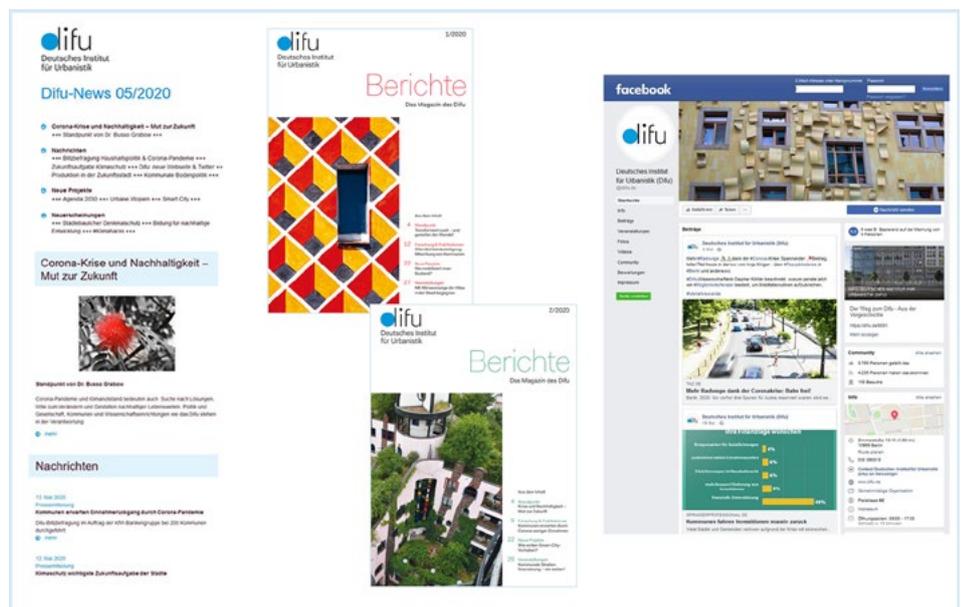
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die  
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-  
Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich  
bei jedem Termin mit einem anderen aktuellen  
Thema zur Zukunft der Städte befasst.  
➔ www.difu.de/veranstaltungen

Facebook und Twitter

Über Facebook und Twitter postet das Difu ak-  
tuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Insti-  
tut bzw. zu allen kommunal relevanten Themen.  
➔ www.facebook.com/difu.de  
➔ www.twitter.com/difu\_d

Presseverteiler

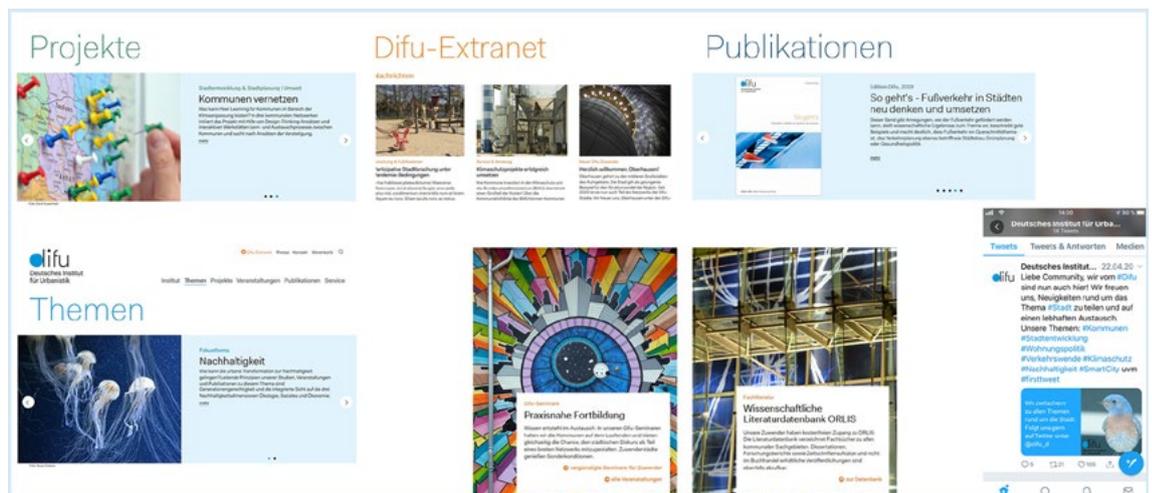
Die Pressemitteilungen informieren über  
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.  
➔ www.difu.de/13168



Bildcollage: Difu

# Das Difu hat seine Online-Aktivitäten neu ausgerichtet

Das Difu beschreitet neue Wege in seiner digitalen Kommunikation: Die Difu-Website [www.difu.de](http://www.difu.de) und der Newsletter „Difu-News“ wurden einem Relaunch unterzogen, zudem ist das Institut nun unter dem Benutzernamen @difu\_d auch bei Twitter aktiv.



Bildcollage: Difu

Nachdem das Difu zunächst sein Logo, das Berichte-Magazin und sämtliche Publikationen, Flyer und Geschäftspapiere neugestaltet hatte, erscheint nun der Internetauftritt im neuen Look. Die Umgestaltung war nicht trivial, unter der Oberfläche – im Extranet – verbirgt sich die große Literaturrecherche-Datenbank ORLIS, die neu und benutzungsfreundlich umgestaltet wurde. Im öffentlich zugänglichen Datenbankbereich sind sämtliche Difu-Publikationen nachgewiesen.

„Für die Kommunen ist es wichtig, dass sie schnell und komfortabel von neuen Ergebnissen aus der Stadtforschung erfahren,“ so Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl. „Daher sind eine innovative Website und die Präsenz in wichtigen Kanälen wie Twitter für ein Forschungsinstitut wie das Difu unerlässlich.“ Um diese Ziele zu erreichen, beauftragte das Difu die Berliner Agentur 3pc mit der Gestaltung und setzte die Website technisch gemeinsam mit der Berliner Firma computer manufaktur um. Aktualität, intuitive Navigation und inspirierendes Bildmaterial waren dabei zentrale Elemente. Dr. Busso Grabow, kaufmännischer Geschäftsführer des Difu: „Es ging uns vorrangig darum, einen ansprechenden, benutzerfreundlichen und zugleich inhaltlich gehaltvollen Auftritt zu kommunalen Themen anzubieten, der zu Besuch und Recherche anregt.“ Selbstverständlich wurde der Relaunch dazu genutzt, die Seite responsiv umzusetzen, so dass auch von Tablets und Smartphones auf Difu-Inhalte zugegriffen werden kann.

Neben dem neuen Look gibt es auch neue Formate. So werden mit den „Nachrichten“ verschiedene aktuelle Inhalte von der Kurzmeldung über Presseinformationen bis hin zum ausführlichen Autor\*innen-Beitrag transportiert. Alle Meldungen sind im Nachrichten-Archiv recherchierbar. Die bisher als Einzelseiten umgesetzten Artikel des Berichte-Magazins sind künftig im PDF des Gesamthefts und teils zusätzlich als Nachricht zu finden. Auch der E-Mail-Newsletter „Difu-News“ wurde in den Relaunch einbezogen. Weniger textlastig und lesefreundlich durch Bildelemente war hier die Devise. Der Newsletter beschränkt sich auf zentrale Infos, jeweils verlinkt auf Difu-Seiten. Auch die Intervalle sind kürzer: Künftig gibt es die „Difu-News“ im Zweiwochentakt. Der geschlossene Kreis der mit dem Difu kooperierenden Städte profitiert besonders vom Relaunch: Das neu konzipierte Extranet bietet einen übersichtlichen Zugang zu vielen Exklusiv-Informationen.

Parallel zum Internet-Relaunch verstärkt das Institut seine digitale Kommunikation durch einen weiteren wichtigen Informationskanal: Künftig können Difu-Inhalte auch über den Twitter-Auftritt gefunden und geteilt werden. Das Difu freut sich auf den Austausch mit der Twitter-Community als @difu\_d. Auch Social-Media-Nutzer\*innen der Difu-Website können sich freuen: Die einzelnen Difu-Seiten sind künftig sharing-fähig und können direkt über Facebook, Twitter und andere Kanäle oder per Mail geteilt werden.



[www.difu.de](http://www.difu.de)  
[www.facebook.com/difu.de](https://www.facebook.com/difu.de)  
[www.twitter.com/difu\\_d](https://www.twitter.com/difu_d)



Sybille Wenke-Thiem  
 +49 30 39001-209  
 wenke-thiem@difu.de

## Wie wirken Smart-City-Vorhaben?

Anhand von Fallstudien untersucht das Difu, wie sich die Wirkungen von Smart-City-Vorhaben erfassen lassen.

### Wie wirken Smart-City-Vorhaben?



[www.difu.de/13395](http://www.difu.de/13395)



Dr. Jens Libbe  
+49 30 39001-115  
libbe@difu.de

Katharina Lange  
+49 30 39001-145  
lange@difu.de



An das Konzept der Smart City werden hohe Erwartungen gestellt sowie große Potenziale in der Integration von IKT in die Stadtentwicklung gesehen. Jedoch ist bislang weder hinreichend erforscht, welche Wirkungen Smart-City-Vorhaben auf Städte haben, noch wurden in der Praxis angewandte Evaluierungsmaßnahmen systematisch erfasst. Es gibt zwar generelle Potenzialanalysen für Bereiche wie Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft, aber wenig empirische Ergebnisse zu den Wirkungen von Smart-City-Vorhaben.

Eine empirische Evidenz hinsichtlich der Wirkungen ist notwendig, um bestehende Planungen strategisch und operativ weiterentwickeln und Erfahrungen systematisch weitergeben zu können. Zudem ermöglicht die umfassende Evaluierung und Verwertung der Ergebnisse, weitere Potenziale von Smart-City-Maßnahmen zu identifizieren und Förderprogramme gezielter auszurichten.

Ziel des Projekts „Wirkungsanalysen von Smart-City-Vorhaben“ ist es, die bislang unzureichend erforschten Evaluierungsaktivitäten zur Wirkung von Smart-City-Konzepten und -Projekten anhand einzelner Fallstudien aufzugreifen und zu systematisieren. Basierend auf einer vorgeschalteten Analyse des Forschungsstands liegt der Fokus auf Smart-City-Leuchtturmstädten, da diese die umfangreichsten Erfahrungen haben. Maßnahmen zur Wirkungsmessung auf die räumliche Stadtentwicklung stehen dabei im Vordergrund.

Das Difu führt das Projekt im Auftrag des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Instituts für Städtebau an der TU Dresden durch.

### Agenda 2030 vor Ort



[www.difu.de/15227](http://www.difu.de/15227)



Dr. Jasmin Jossin  
+49 30 39001-200  
jossin@difu.de

Oliver Peters  
+49 30 39001-204  
opeters@difu.de

## Agenda 2030 vor Ort

Das Difu entwickelt Instrumente und Fortbildungsangebote für das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement.



Die lokale Implementierung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen und insbesondere der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) erfordert in Kommunen ein umfassendes Nachhaltigkeits- und Transformationsmanagement. Zur Umsetzung bietet die Agenda jedoch keine konkreten Hilfestellungen. Seit 2017 erarbeitet das Difu daher im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Indikatoren und Unterstützungsangebote für ein SDG-Monitoring auf kommunaler Ebene.

Diese Instrumente werden im Projekt „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ weiterentwickelt, vertieft und skaliert: So werden ein umfassenderer SDG-Indikatorenkatalog sowie eine jährliche Monitorstudie veröffentlicht. Die Datenerhebung zahlreicher Indikatoren ermöglicht Analysen über komplexe Zusammenhänge und Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen SDGs auf kommunaler Ebene. Sie erlaubt die Ableitung von Handlungsempfehlungen, die zusammen mit kommunalen Profilen und Daten online auf dem SDG-Portal zugänglich gemacht werden. Schließlich werden der methodische Ansatz der Indikatorenentwicklung und das SDG-Portal im Rahmen von internationalen Kooperationen transferiert.

In Ergänzung dazu entwickelt das Difu in dem dreijährigen Forschungsprojekt vielfältige Angebote zur Kompetenzentwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsmanager\*innen, die u.a. ein Handbuch, Präsenz-Seminare und Webinare umfassen.

## Weniger Plastik

Im Projekt reGIOcycle untersucht das Difu für die Region Augsburg die nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen.

### Weniger Plastik



[www.difu.de/13327](http://www.difu.de/13327)



Dipl.-Ing.

Maic Verbücheln

+49 30 39001-263

[verbuecheln@difu.de](mailto:verbuecheln@difu.de)



Jedes Jahr werden in Europa 25 Millionen Megagramm Kunststoffabfälle erzeugt. Diese werden größtenteils thermisch verwertet und nach Asien exportiert. Kunststoffkonsumgüter mit einer zum Teil äußerst geringen Nutzungsdauer – wie etwa bei Verpackungen – stellen aufgrund ihrer Langlebigkeit und nicht korrekten Sammlung ein Problem für die Umwelt dar. Des Weiteren ist das achtlose Wegwerfen bzw. Liegenlassen – „Littering“ – von Kunststoffabfällen eine Herausforderung für die kommunale Abfallwirtschaft. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen nach den Zukunftsperspektiven für den Werkstoff und dessen Verwertung.

Im Rahmen des neuen Projekts „reGIOcycle“ untersucht das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Möglichkeiten einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen. Ziel ist es, praxisnahe Methoden zur Vermeidung von Kunststoffen und Kunststoffabfällen, zur Substitution herkömmlicher Kunststoffe durch biobasierte Alternativen sowie zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft von biobasierten und herkömmlichen Kunststoffen zu entwickeln und erproben. Das Difu legt dabei besonderen Wert auf eine branchenübergreifende und transdisziplinäre Betrachtung. Auf dieser Basis werden schließlich Grundlagen für die spätere Umsetzung in der Region Augsburg erarbeitet.

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderrichtlinie „Stadt-Land-Plus“ gefördert. Diese ist Teil der Leitinitiative Zukunftsstadt innerhalb des BMBF-Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONAS3“.

## Schutz vor Bahnlärm

Das Instrument „Städtebaulicher Begleitplan“ wird beim Güterbahnstreckenausbau Verden-Rotenburg modellhaft getestet.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Der Ausbau des Streckenabschnitts Rotenburg-Verden – Teil der Schienennetzverstärkung („Alpha-Variante E“) im Dreieck Bremen-Hamburg-Hannover – wird durch Zunahme des Güterverkehrs ab 2030 deutliche Auswirkungen auf die Siedlungsbereiche entlang der Bahntrasse haben. Gemeinsam mit weiteren betroffenen Kommunen an der Strecke hat die Stadt Verden – gefördert durch das Niedersächsische Umweltministerium – das Difu damit beauftragt, die exemplarische Erarbeitung eines „Städtebaulichen Begleitplans“ für ausgewählte Streckenabschnitte zu koordinieren.

Ein solcher städtebaulicher Begleitplan kann wesentlich dazu beitragen, dass ein Verkehrsvorhaben in den räumlichen Kontext passt und umgebungsbelastende Folgewirkungen vermieden werden. Jedoch ist dieses Instrument, im Gegensatz zum landschaftspflegerischen Begleitplan, bislang gesetzlich nicht vorgeschrieben. Die Ausgestaltung orientiert sich an der spezifischen Aufgabenstellung sowie lokalen Rahmenbedingungen. Ziel ist es, mögliche negative Auswirkungen des Vorhabens auf die Gemeinden und deren künftige Entwicklung zu minimieren und gleichzeitig die durch die Planungshoheit der Kommunen bestehenden Chancen zu nutzen, mit verbleibenden Folgewirkungen umzugehen.

Im Austausch mit den Verwaltungen und der Bevölkerung werden an Hand ausgewählter Standorte Folgewirkungen des gesetzlichen Lärmschutzes betrachtet, übergesetzliche Schutzmaßnahmen erwogen und Möglichkeiten für ihre qualitätvolle Einbindung diskutiert. Die Dokumentation des Arbeitsprozesses soll Modellcharakter für andere Kommunen mit vergleichbaren Rahmenbedingungen haben.

### Schutz vor Bahnlärm



[www.difu.de/13407](http://www.difu.de/13407)



Dipl.-Ing.

Daniela Michalski

+49 30 39001-270

[michalski@difu.de](mailto:michalski@difu.de)

Dipl.-Ing.

Wolf-Christian Strauss

+49 30 39001-296

[strauss@difu.de](mailto:strauss@difu.de)

# Difu-Veranstaltungsangebote in Zeiten der Corona-Pandemie

Das Difu-Veranstaltungsangebot ist durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Gerade in der Fortbildung sind Erfahrungsaustausch und direkte Kommunikation wichtig. Einige Veranstaltungen werden daher online angeboten, andere in den Herbst verschoben, in der Hoffnung, dass Präsenzveranstaltungen dann wieder möglich sind.

Die Corona-Pandemie stellt alle vor enorme Herausforderungen. Auch das Difu ist von der Krise stark betroffen. Die praxisnahe Forschung beruht auf Austausch, auch für Seminare ist Austausch zentral. Bis zur Sommerpause mussten alle Difu-Seminare und Difu-Dialoge abgesagt werden. Auch für andere Difu-Veranstaltungen können sich kurzfristig Änderungen ergeben.

Das Difu setzt neue Online-Formate ein, ist sich aber darüber im Klaren, dass sie den Erfahrungsaustausch der Städte untereinander und zwischen Difu und Praxis nicht vollständig ersetzen können.

Seminare des ersten Halbjahres, die aufgrund der Pandemie nicht stattfinden können bzw. konnten, werden daher im zweiten Halbjahr nachgeholt, falls die rechtliche Lage dies erlaubt. Difu-Seminare, die für das zweite Halbjahr geplant waren, werden auf 2021 verschoben. Wie viele andere Institutionen kann auch das Difu nur von Woche zu Woche auf der Basis tagesaktueller Informationen planen. Der aktuelle Stand zu einer Veranstaltung ist stets bei der jeweiligen Einzelbeschreibung online zu finden.

Eine Anmeldung zu kommenden Präsenzveranstaltungen ist weiterhin

möglich, sobald der Termin festgelegt werden konnte. Angesichts der anhaltenden Unsicherheit hat das Difu das Anmeldeverfahren angepasst. Dies ermöglicht es dem Institut, sein Angebot nachfragegerecht zu planen. Und Interessenten müssen aufgrund der weiter bestehenden Unsicherheit keine Verpflichtung eingehen.

Nach Anmeldung wird vom Difu anstelle der üblichen Rechnung zunächst eine vorläufige Bestätigung versandt. Die endgültige Bestätigung und Rechnung wird erst verschickt, wenn sicher ist, dass die Veranstaltung stattfindet. Sollten die Regularien von Bund und Ländern oder der eigenen Stadt eine Teilnahme nicht möglich machen, so kann noch kurzfristig storniert werden. Das Difu erstattet dann selbstverständlich die Seminargebühren. Bei der Buchung von Bahntickets oder Hotelzimmern sollte jedoch auf kurzfristige Stornierungsmöglichkeiten geachtet werden.

Die Krise wird große Auswirkungen auf die Kommunen und auch auf die Themen haben, die in Difu-Seminaren im Mittelpunkt stehen. Dies wird ganz aktuell in die geplanten Veranstaltungen einbezogen.

## Veranstaltungsvorschau

**Corona in Kommunen – Exklusives Difu-Webinar (für Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Difu-Zuwenderstädte und -verbände)**

Webinar

4. Juni 2020

➔ [www.difu.de/15430](http://www.difu.de/15430)

**SK:KK-Fachaustausch: Erstellung kommunaler Klimaschutzkonzepte Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)**

Webinar

25. Juni 2020

➔ [www.difu.de/13412](http://www.difu.de/13412)

**Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung 1 Zusammenarbeit mit externen Planungsebenen (Wiederholung)**

Difu-Seminar

14.–15. September 2020 in Köln

➔ [www.difu.de/15436](http://www.difu.de/15436)

**Jahrestreffen 2020 der Difu-Zuwender Exklusiv-Veranstaltung für die Difu-Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner**

17.–18. September 2020 in Berlin

➔ [www.difu.de/15397](http://www.difu.de/15397)

## Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Im Rahmen seiner öffentlichen Veranstaltungsserie „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ bietet das Difu am Berliner Standort Veranstaltungen zu aktuellen kommunal relevanten Themen an. Darüber hinaus sind wie immer fachbezogene Veranstaltungen im Rahmen verschiedener Projekte im Programm – in Berlin und an anderen Standorten. Beispiele sind:

- Dialogforum Jugendhilfe
- Fahrradakademie
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)

Auch diese Programme mit Anmeldeöglichkeit werden stets nach der Fertigstellung online veröffentlicht:

➔ [www.difu.de/veranstaltungen](http://www.difu.de/veranstaltungen)



Foto: Marcus Sietlaff

# Jenseits der Kirchturmpolitik – gemeinsames Handeln ist gefragt

Was hilft bei Wachstumsschmerzen in Agglomerationsräumen? Wie können Angebote in peripheren Räumen aufrechterhalten werden? Wie findet man – trotz Flächenknappheit – Platz für ein neues Gewerbegebiet?

Gemessen an der Intensität der Lobpreisungen über kooperatives Handeln, scheinen die Berichte über Kooperationserfolge immer noch sehr übersichtlich. Und es gibt eine deutliche Diskrepanz zwischen Willensbekundungen und tatsächlicher Umsetzung. Woran das liegt, welche Kooperationsvoraussetzungen bestehen müssen und wie die Kooperationsbedingungen verbessert werden können, waren Themen des zweitägigen Difu-Seminars im Dezember 2019.

Die Teilnehmenden berichteten von diversen Herausforderungen, die von der Aktivierung rele-



Foto: Ricarda Pätzold, Difu

vanter Akteur\*innen, wie Bürgermeister\*innen oder Landrät\*innen, über das Ungleichgewicht zwischen Großstädten und deren Umland bis zur komplizierten Arithmetik eines Lasten-Nutzen-Ausgleichs reichten. Dabei ist es nicht so, dass Kooperation und Zusammenarbeit ein Sonderweg wären, vielmehr sind sie überall zu finden. Allerdings werden dabei meist Themen bearbeitet, die für alle einen sichtbaren Nutzen haben (z.B. Tourismusmarketing), die umfangreich gefördert werden (z.B. Radschnellwege) oder unumgänglich sind (z.B. Abwasser, Abfallwirtschaft). Über diese Themen hinaus wurde von einigen Seminar-Teilnehmenden über erste Kooperationen im Bereich „Wohnen“ bzw. „Wohnraumschaffung“ berichtet.

Im Gegensatz zu den starken Gebietskörperschaften fehlt Kooperationen zu Beginn eine Organisationsstruktur. Diese muss aufgebaut werden und auch Kompetenzen übertragen bekommen. Ist sie erst einmal vorhanden, dann wachsen ihr – wie u.a. an den Nachbarschaftsverbänden

oder in verfassten Regionen zu sehen – mit der Zeit immer mehr Aufgaben zu. Der Aufbau einer Kooperationsstruktur kann kein reines Verwaltungsprojekt sein, er muss zwingend die lokale Politikebene einbinden. Argumente dürfen nicht allein eine Art regionalen Altruismus beschwören, denn der Gemeinderat wird gewählt, um für die Gemeinde etwas zu tun. Diesem berechtigten Anspruch folgend, muss Kooperation einen gemeinsamen Nutzen stiften, oder wie eine Teilnehmerin sagte: „Es gilt zu vermitteln, dass der Kuchen durch die Kooperation nicht einfach geteilt wird, sondern dass er insgesamt größer wird und damit auch jedes einzelne Kuchenstück.“

Von den Seminarteilnehmenden wurde auch berichtet, dass eine Veränderung des äußeren Rahmens – etwa personelle Wechsel in Bürgermeister- und Landratsämtern in Folge von Kommunalwahlen –, mitunter neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. In einer solchen Umbruchsituation werden zuvor gepflegte, „ritualisierte“ Rollen, gegenseitige Zuschreibungen und Verhaltensmuster außer Kraft gesetzt. Kooperation, wo vorher Konkurrenz war, kann als sichtbares Zeichen eines Neuanfangs kommuniziert werden. Auch gemeinsame Aktivitäten der kommunalen Spitzen in einem ganz anderen Rahmen – wie zum Beispiel eine gemeinsame Wanderung – können ein Kennenlernen auf Augenhöhe bewirken und eine für die gemeindliche Zusammenarbeit unerlässliche Vertrauensbasis schaffen. Allerdings sind zentral benannte Erfolgsfaktoren – Austausch auf Augenhöhe und Vertrauen untereinander, Transparenz und Kommunikation sowie politischer Rückhalt – lange bekannt. Stärker hinterfragt werden sollte die Annahme, das Vertrauen und damit die Kooperationsbereitschaft über viele Jahre wachsen müssten. Hier werden dringend Abkürzungen gebraucht, denn der Bedarf an Zusammenarbeit steigt stetig, da die Herausforderungen (Wohnen, Mobilität, Soziales) weniger denn je an den Gemeindegrenzen haltmachen.

Kooperation entsteht aus dem Wollen und der Einsicht in die Notwendigkeit. In welcher Kombination diese am besten zusammenwirken ist lokal verschieden. Es gilt stärker nach Möglichkeiten für Kooperationen zu suchen und nicht nach Gründen, die dagegen sprechen!



[www.difu.de/13040](http://www.difu.de/13040)  
[www.difu.de/12727](http://www.difu.de/12727)



Dipl.-Ing.  
Ricarda Pätzold  
+49 30 39001-190  
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing.  
Franciska Frölich  
+49 30 39001-245  
froelich@difu.de

# Kommunale Straßenfinanzierung – wie weiter?

Expert\*innen aus ganz Deutschland diskutierten im Rahmen eines Difu-Seminars in Berlin über verschiedene Handlungsmöglichkeiten zur kommunalen Straßenfinanzierung, vor dem Hintergrund, dass die Straßenausbaubeiträge zunehmend in Frage gestellt werden.



Foto: Jürgen Gies, Difu

Im Fokus des Seminars stand die kommunale Straßeninfrastruktur. Anlass für das Seminar war die in vielen Bundesländern geführte und in einigen Bundesländern bereits umgesetzte Abschaffung der Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in den Kommunalabgabengesetzen.

Wenn Kommunen keine Straßenausbaubeiträge mehr erheben dürfen und sie von den Bundesländern einen Ausgleich für die fehlenden Finanzmittel erhalten sollen, ist die Frage nach der Länge des Straßennetzes in kommunaler Baulast evident. Problematisch ist, dass es seit Ende der 1960er-Jahre keine deutschlandweite Erfassung der Straßen in kommunaler Baulast mehr gibt. Aus diesem Grund sind vorliegende Zahlen Hochrechnungen mit den damit verbundenen Unsicherheiten. Im Seminar wurden Möglichkeiten aufgezeigt, Bestand und Zustand kommunaler Straßen zu erfassen.

Die zuverlässige Erfassung des investiven Nachhol- und Ersatzbedarfs für die kommunalen Straßennetze ist eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Umsetzung und Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach künftigen Ansprüchen an die Straßeninfrastruktur auch im Hinblick auf die Verkehrswende. Welchen veränderten Nutzungsansprüchen müssen Straßen in Zukunft gerecht werden – mit Blick auf eine veränderte Verkehrsmittelwahl zum Erreichen von Klimaschutzziele

oder, damit das Leben in Ortskernen weniger durch Durchgangsverkehr beeinträchtigt ist? Im Seminar wurden hierzu Handlungsmöglichkeiten und gute Praxisbeispiele präsentiert.

Ein weiteres Thema war die konkrete Abschaffung des Straßenausbaubeitrags in Brandenburg und Bayern sowie die dort umgesetzten Alternativen zur Finanzierung kommunaler Straßen. Diskutiert wurden Kompensationslösungen, die die Bundesländer realisieren. Hierdurch entsteht in den Kommunen eine Abhängigkeit von politischen Entscheidungen auf Landesebene und der Haushaltslage. Eine Kompensation in den Kommunen ist nur über eine Erhöhung der Grundsteuer möglich. Allerdings kann der Vermieter die Grundsteuer auf die Mieter umlegen, sodass mit diesem Ansatz eine Umverteilung vom Eigentümer zum Mieter verbunden wäre.

Die Teilnehmenden sahen die Abschaffung des Finanzierungsinstruments Beitrag überwiegend kritisch, u.a. auch weil die Abschaffung evtl. zu überhöhten Ausbauwünschen bei den Grundstückseigentümern führen kann. Wenn sich an Beiträgen politische Diskussionen zur Aufhebung dieses Finanzierungsinstruments entzünden, kann der geplante Weg in NRW eine Handlungsoption sein: Weil das Land die Finanzmittelzuweisungen an die Kommunen erhöht, reduziert sich der Kostenanteil, der über Beiträge durch die Bürger\*innen zu finanzieren ist.



[www.difu.de/13008](http://www.difu.de/13008)



**Dr. phil. Jürgen Gies**  
+49 30 39001-240  
gies@difu.de

**Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt**  
+49 30 39001-252  
arndt@difu.de

# Der ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende

Wie der ÖPNV zur Verkehrswende beitragen kann, welche Herausforderungen zu bewältigen sind und welche Lösungsmöglichkeiten es gibt, darüber diskutierten die Teilnehmenden beim Difu-Seminar.

Seit dem Diesel-Abgasskandal und den Beschlüssen zum Klimapaket stehen die Problemlösungspotenziale des ÖPNV im Fokus der politischen Aufmerksamkeit. Diese Entwicklung mobilisiert Finanzmittel in einer Höhe, die so vor wenigen Jahren nicht denkbar war. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 wurde u.a. eine weitere schrittweise Erhöhung der Mittel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) beschlossen, so dass ab 2025 zwei Milliarden Euro jährlich zur Verfügung stehen werden. Der Betrag soll in den Folgejahren jährlich um 1,8 Prozent ansteigen. Neben dem Neubau ist künftig auch die Grundenerneuerung bestehender Anlagen förderfähig.

Mit den verschiedenen Beschlüssen stehen finanzielle Ressourcen für unterschiedliche ÖPNV-Investitionen sowie für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und teilweise auch für Busverkehr auf landesbedeutsamen Linien zur Verfügung. Hier konnten Lösungen zu Themen gefunden werden, die viele Jahre die Diskussion dominierten. Aktuell werden entsprechende Formalitäten zum Abruf der Fördermittel entwickelt. Auch für das Verfahren der standardisierten Bewertung sind Änderungen geplant, die dem erweiterten GVFG-Maßnahmenkatalog Rechnung tragen.

Die Kommunen bzw. die Verkehrsunternehmen müssen die zur Verfügung stehenden Mittel nun abrufen. Problematisch ist hier, dass nach einem jahrelangen Personalabbau aufgrund unsicherer Zukunftsperspektiven der Investitionsförderung Planungskapazitäten fehlen, die jetzt rekrutiert bzw. ausgebildet werden müssen. Verkehrsinfrastrukturvorhaben benötigen eine lange Planungszeit und stoßen teils auf erheblichen Widerstand. Damit zukünftig Infrastrukturvorhaben rascher umgesetzt werden können, wurde eine Planungsbeschleunigung beschlossen. Hier wird man genau beobachten müssen, ob und wie diese Planungsbeschleunigung in der Praxis wirkt und ob ggf. nachgesteuert werden muss.

Für den ÖPNV-Betrieb in kommunaler Verantwortung stehen keine zusätzlichen Finanzierungsmittel zur Verfügung. Dies ist einerseits kritisch, weil ein erweitertes Angebot notwendig, und andererseits Fahrpersonal zunehmend schwieriger zu finden ist und daher eine bessere Bezahlung



Foto: Jürgen Gies, Difu

und attraktivere Dienstpläne erforderlich sind. Hier wird man künftig zusätzliche Mittel einplanen müssen, insbesondere dann, wenn man bei Fahrpreiserhöhungen zurückhaltender sein möchte und dadurch der Anteil der Nutzerfinanzierung sinkt. Fehlendes Fahrpersonal ist in der Branche ein wichtiges Thema, weil hierin zunehmend eine Achillesferse für einen zuverlässigen ÖPNV liegt, u.a. auch weil die geburtenstarken Jahrgänge in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten werden und gleichzeitig die Zahl jüngerer Nachwuchskräfte sinkt. Neben Bezahlung und Dienstplänen geht es auch um das Image der Arbeit bei ÖPNV-Unternehmen. Die Arbeitgeberinitiative des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) engagiert sich hier, um zusätzliches Personal für den ÖPNV zu gewinnen.

Dass sich der Verkehr insbesondere in den Städten, aber auch im Umland ändern muss, ist weitgehend unbestritten. Zu hoch sind hier die Umweltbelastungen, der Platzbedarf des ruhenden Autoverkehrs und damit die Beanspruchung von Straßenraum, die Zeitverluste durch Staus und die Entwertung von Wohnraum entlang der Ausfallstraßen. Ebenso herrscht Einigkeit, dass der ÖPNV eine Schlüsselrolle für die Verkehrswende hat. Gleichzeitig hat er mit vielen Alltagsproblemen zu kämpfen: Eine steigende Nachfrage trifft in Städten auf volle Busse und Bahnen sowie überlastete Infrastrukturen, es fehlt an Fahrzeugkapazitäten und Personal. Für die Infrastrukturfinanzierung und das SPNV-Angebot wurden Lösungen gefunden. Jetzt gilt es, die weiteren Aufgaben anzupacken: Finanzierung des ÖPNV in kommunaler Verantwortung und Lösung von Personalengpässen.



[www.difu.de/13351](http://www.difu.de/13351)



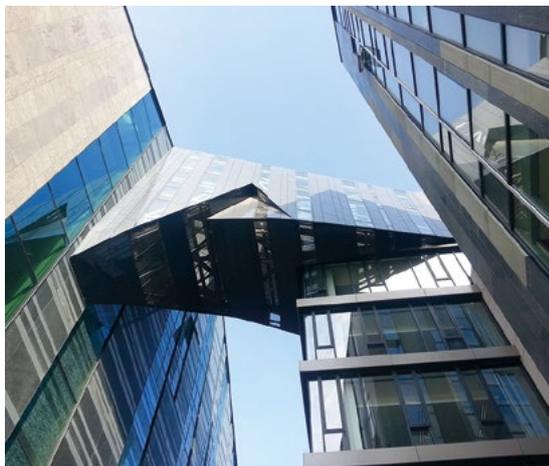
Dr. phil. Jürgen Gies  
+49 30 39001-240  
gies@difu.de

Dipl.-Geogr.  
Martina Hertel  
+49 30 39001-105  
hertel@difu.de

# Wissen in der Stadt – Chancen, Grenzen, Perspektiven

**Welche Rolle spielen Forschungseinrichtungen für die Stadt(-Gesellschaft)? Sind auch sie aktive Partner und Gestalter lokaler Entwicklungen oder führen sie eine Koexistenz? Dieses Mit- und Nebeneinander stand im Fokus eines Difu-Seminars.**

Die Zahl der Hochschulen und ihrer Studiengänge hat laut CHE – gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung – stark zugenommen: So ist die Anzahl der Standorte durch Neugründungen von Hochschulen und die Einrichtung von Substandorten bestehender Hochschulen von 1990 bis 2017 von 232 auf 619 angewachsen, was einer Steigerung um 167 Prozent entspricht. Aber was begründet diese Dynamik und welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen?



Hochschulen sind Mehrwert und Standortvorteil für eine Kommune. Als – renommiertes – Hochschulstandort gewinnt eine Stadt an Attraktivität und hat eine jüngere Bevölkerung. Es reicht jedoch nicht, eine Stadt mit Hochschule zu sein. Ziel der Stadtpolitik muss es sein, eine wirkliche „Hochschulstadt“ zu werden. Dies gelingt nur, wenn die relevanten Akteure an einem Strang ziehen. Auch wenn diese Zusammenarbeit in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, so ist der Weg zu einem Miteinander oft holprig und braucht Zeit. Zudem gelingt er nur, wenn sich beide Seiten – Hochschule(n) und Kommunen – einigen und geteilte Verantwortungen übernehmen.

In einem Difu-Seminar wurde daher diskutiert, welche Chancen und Perspektiven sich durch ein konstruktives Miteinander zwischen Hochschule und Stadt(-entwicklung) ergeben, aber auch mit welchen Grenzen man sich befassen muss. Selbstverständlich sind Rahmenbedingungen und Voraussetzungen in jeder Stadt unterschiedlich.

In Bochum stellt das aktive Miteinander zwischen Hochschule(n), Stadt und Gesellschaft bereits seit den 1990er-Jahren einen wichtigen Beitrag des Strukturwandels dar. Dies ist nicht einfach „passiert“, sondern wurde strategisch, kontinuierlich als Chef\*innensache begleitet, wobei auch die Stadtgesellschaft einbezogen war. Vor einer besonderen Herausforderung steht die Stadt Nürnberg, in der sich eine neue Hochschule mit ambitionierten Konzept und Zeitplan in Gründung befindet. Es ist jedoch nicht einfach „die Stadtgesellschaft“ mitzunehmen. Die Angebote rund um „Wissen und Bildung“ werden punktuell und von einem eher bildungsnahen Klientel angenommen. „Haus der Wissenschaft“, Lesungen oder Ausstellungen sind wichtige Bausteine. Zusätzlich sind jedoch niederschwellige Angebote erforderlich.

Im Seminar wurden u.a. die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt (Studierende konkurrieren hier mit anderen Gruppen) thematisiert. Auch Überlastungen von Infrastrukturen sind vor allem an attraktiven Hochschulstandorten ein Thema. Trotz dieser Engpässe werden an vielen Standorten Standortkonkurrenzen und ein „war of talents“ bei der Anwerbung von Studierenden (auch aus dem Ausland) spürbar. Angesprochen wurde der Widerspruch zwischen Hochschulstandorten, die weiterhin von Wachstum ausgehen und so planen (neue Studiengänge und Lehrstühle) und einer perspektivisch abnehmenden Zahl von Studierenden und den damit verbundenen Konsequenzen. Durch die aktuellen Herausforderungen aus dem noch andauernden Wachstum sieht sich derzeit kaum eine Kommune veranlasst, sich mit langfristigeren Entwicklungen, wie einem Rückgang von Studierendenzahlen, auseinander zu setzen.

Immer wichtiger wird die „Third Mission“. Universitäten und Fachhochschulen wirken heute in die Gesellschaft hinein, z.B. über Kinder-Unis, Alumni-Angebote oder akademische Anlaufstellen für Geflüchtete. Das ist nicht trivial, da Selbstverständnis sowie Rolle und Aufgabe in der Stadtgesellschaft geklärt werden müssen. Konsens herrschte jedoch bei den Teilnehmenden, sowohl aus Kommunen als auch aus Hochschulen, dass es, bei allen schwierigen und aufwändigen Diskussionsprozessen, im gemeinsamen Interesse ist, dass Stadt und Hochschule zusammenarbeiten.



[www.difu.de/13386](http://www.difu.de/13386)



Dr. Elke Bojarra-Becker  
+49 30 39001-330  
bojarra@difu.de

Dr.  
Beate Hollbach-Grömig  
+49 30 39001-293  
hollbach-groemig@difu.de

# Zusammenhalt braucht Räume – Chancen für integrative Wohnformen

Welche Auswirkungen haben Wanderungsprozesse für das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt und welche Integrationskraft kann Wohnen entfalten? Darum ging es bei der Abschlusstagung des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume“.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Ingrid Breckner, Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der HafenCity Universität Hamburg hob in ihrer Keynote hervor, wie wichtig Wohnsicherheit für gesellschaftliche Teilhabe ist. Sie machte deutlich, dass Wohnsicherheit angesichts einer Wohnungskrise, die sich vor allem in deutschen Wachstumszonen vollzieht, gefährdet ist. Aufgrund steigender Mieten und mangelndem bezahlbarem Wohnraum nimmt Wohnunsicherheit bis in die Mitte der Gesellschaft zu. Angesichts dessen seien die konsequente Unterbindung von Boden- und Wohnraumspekulationen, die Berücksichtigung aller am Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalte und die systematische Untersuchung von Diskriminierungspraktiken auf den Wohnungsmärkten zentrale Voraussetzungen für die notwendige Gewährleistung eines sicheren Wohnens. Diese Maßnahmen, so Breckners Fazit, forderten den Rahmen einer gemeinwohlorientierten Strategie der Wohnraumversorgung.

Welche Rolle und Wirkungen besondere Wohnprojekte – gemeinschaftliche oder integrative – in diesem Zusammenhang spielen, wurde kontrovers diskutiert. So war umstritten, ob das Ankommen und die Integration neuzugewanderter Menschen stärker durch sozialorientierte Wohnprojekte oder durch dezentrale Unterbringung von Geflüchteten innerhalb bestehender Wohnstrukturen gefördert werden. Einigkeit bestand darin, dass besonders für geflüchtete Menschen der Zugang zu (bezahlbarem) Wohnraum schwierig ist. Demzufolge wurden eine Stärkung der kommunalen Boden- und Bestandspolitik sowie die Begleitung und

Unterstützung vulnerabler Gruppen bei der Wohnungssuche und -sicherung gefordert.

Auf der Tagung präsentierte integrative Wohnprojekte zeigen, worauf es ankommt: soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft, gemeinwohlorientierte Trägerkonstellation, Nachbarschafts- und Quartiersbezug, zivilgesellschaftliches Engagement, architektonische Erscheinungsform, baulich-räumliche Typologie und städtebaulicher Kontext.

Ein internationales Beispiel bot Alexander Hagner, Architekt und Hochschullehrer in Kärnten, mit einer Evening Lecture zum Thema „Architektur und Soziabilität“. Er erörterte am Beispiel des Wiener Wohnprojekts „VinziRast-mittendrin“, wie gesellschaftliche Diversität und ein Miteinander im Raum durch baulich-räumliche Planungen positiv beeinflusst werden können. In diesem Wohnprojekt leben obdachlose Menschen und Studierende zusammen. Es zeigt, dass qualitätsvolle Architektur und partizipative Planungs- und Bauprozesse mit und für stigmatisierte Menschen und Gruppen sich nicht ausschließen – im Gegenteil.

Das Forschungsprojekt „Zusammenhalt braucht Räume – Chancen und Perspektiven integrativer Wohnformen“ wurde vom Difu in Kooperation mit der Universität Stuttgart, Prof. Dr. Christine Hannemann, durchgeführt. Gefördert wurde es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).



[www.bit.ly/2UfZz81](http://www.bit.ly/2UfZz81)



Dr. Bettina Reimann  
+49 30 39001-191  
reimann@difu.de



# Oberhausen – beeindruckender Wandel

Seit 2020 profitiert auch Oberhausen als Zuwanderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in eine Stadt mit vielen Gesichtern.



Foto: OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

Oberhausen ist eine junge Stadt, welche einen beispiellosen Wandel erlebte. Nach Entstehung der ersten modernen Eisenschmelze im Ruhrgebiet 1758, die St. Antony-Hütte im heutigen Ortsteil Osterfeld, machte sich die Stadt durch ihren raschen industriellen Aufschwung als Wiege der Ruhrindustrie international einen Namen. Die herrschende Schwerindustrie erlebte jedoch aufgrund der Kohlekrise Ende der 1980er-Jahre einen rasanten Abschwung, woraufhin die Stadtverwaltung einen heute in Europa seinesgleichen suchenden Strukturwandel einleitete. An die Industrietradition der Vergangenheit wurde durch Aufbau der Neuen Mitte Oberhausen angeknüpft. Geschaffen wurde ein attraktives Freizeit- und Einkaufszentrum mit überregionaler Anziehungskraft. Die ständige Erweiterung des Angebots dokumentiert eine bis heute anhaltende Dynamik der Neuen Mitte Oberhausen, die jährlich rund 24 Millionen Besucherinnen und Besucher in die Stadt zieht.

Heute positioniert sich Oberhausen mit rund 212.000 Einwohnern unter den mittleren Großstädten des Ruhrgebiets. Beliebte Sehenswürdigkeiten sind unter anderem das Schloss Oberhausen als ehemaliger Herrnsitz am Emscher-Ufer und das expressionistische Backsteinrathaus in der Innenstadt. Auch Natur in der Stadt spielt in Oberhausen eine große Rolle. Wald-, Park- und Wasserflächen nehmen etwa ein Drittel des Stadtgebiets ein. Grünanlagen wie der Kaisergarten

oder der Hiesfelder Wald laden zur Naherholung für Jung und Alt ein.

Bekannt ist die Stadt heute auch für die jährlich stattfindenden Internationalen Kurzfilmtage – eine Zusammenkunft von Filmregisseur\*innen und Filmjournalist\*innen aus aller Welt. Mit dem Gasometer Oberhausen beheimatet die Stadt zudem die höchste Ausstellungs- und Veranstaltungshalle Europas. In Kombination mit einer lebendigen Kulturszene mit vielfältigem Bühnen- und Ausstellungsangebot ist Oberhausen eine lebens- und liebenswerte Stadt. Repräsentativen Umfragen der Oberhausener Tageszeitung zufolge fühlen sich neunzig Prozent der Oberhausener\*innen in ihrer Stadt wohl oder sehr wohl.

Mit ihrer zentralen Lage im Ruhrgebiet ist die Stadt Oberhausen verkehrlich sehr gut per Flugzeug, Schiff, Bus, Bahn oder Auto zu erreichen. Innerstädtisch kann sich nicht nur mit Bus und Straßenbahn, sondern auch hervorragend mit dem Fahrrad oder zu Fuß fortbewegt werden. Im Fahrradklimatest des ADFD belegte Oberhausen bereits zweifach den dritten Platz. Verschiedene Trassen ehemaliger Zechenbahnen wurden in Rad- und Wanderwege umgestaltet. Dies ermöglicht einen attraktiven, angenehmen und weitgehend kreuzungsfreien Rad- und Fußverkehr.

Oberhausen ist eine Stadt zum Entdecken, egal ob per Fahrrad oder zu Fuß.





### Fabian Gallenkamp

ist seit Februar 2020 als Difu-IT-Administrator am Standort Berlin tätig. Nach seinem Bachelorstudium der Informatik in der Landeshauptstadt Saarbrücken, schloss er seinen Master in Technik und Philosophie in der Stadt Darmstadt ab. Anschließend war er an der Universität in der Freien und Hansestadt Hamburg in der Methodenentwicklung im Bereich computergestützter Datenerhebungs- und Analyseverfahren innerhalb der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung beratend tätig, bevor er an das Difu wechselte. Seine Arbeitsschwerpunkte am Difu liegen im Bereich der Server- und Anwendungsbetreuung mit Fokus auf Informationssicherheit und Datenschutz.

### Greta Link

hat das Difu Ende März 2020 nach mehr als fünf Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt verlassen. Im Rahmen des Projekts Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beriet sie Kommunen und kommunale Akteur\*innen zu Handlungsoptionen und Fördermöglichkeiten im Klimaschutz. Sie verantwortete auch die 2018 erschienene Neuauflage des Handbuchs „Klimaschutz in Kommunen“. Darüber hinaus beschäftigte sie sich am Difu mit den Themenfeldern Urbanes Grün und Anpassung an den Klimawandel. 2017 wechselte sie vom Kölner Difu-Standort nach Berlin, wo sie seitdem ins Bundesumweltministerium abgeordnet war. Dort begleitete sie unter anderem die Koordination und Weiterentwicklung der Kommunalrichtlinie. Seit April 2020 ist Greta Link Referentin im Bundesumweltministerium.

### Marcus Sielaff

ist seit Februar 2020 Hausmeister am Difu-Standort Berlin. Er ist gelernter Zimmermann und übte diesen Beruf mit Leidenschaft seit seiner 1986 abgeschlossenen Lehre in Berlin aus. In dieser langen Zeit war er sowohl als Vorarbeiter als auch als Ausbilder für neue Lehrlinge tätig. Marcus Sielaff unterstützt das Difu seit Jahresbeginn durch sein vielfältiges Know-how: Durch seine Affinität zum Handwerklichen und seine zweite Passion – die Fotografie – freut sich das Difu sehr über seinen zupackenden, kreativen Einsatz im Institut. Nebenberuflich betätigt er sich auch als Konzert-, Reise- und Hochzeitsfotograf. Die Früchte dieser Tätigkeit stellte er bereits in München aus, zudem ist er bei Plattformen wie Gettyimages gelistet.

### Ina Tresp

ist seit April 2020 in der Vergabestelle der Verwaltung des Difu im Einsatz. Ihre vergaberechtlichen Erfahrungen sammelte die Volljuristin als freie Mitarbeiterin in einer Vergaberechtskanzlei, welche ausschließlich öffentliche Auftraggeber unterstützte. Im Anschluss daran beriet und vertrat sie Mandanten vergaberechtlich auf der Seite der Auftragnehmer. Als Rechtsanwältin war sie zudem längere Zeit insbesondere in den Rechtsgebieten des Erb- und Sozialrechts tätig. Ina Tresp arbeitete außerdem für die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie für verschiedene Behörden, zuletzt mehrere Jahre für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg im Bereich Zweckentfremdung von Wohnraum.

---

### Abgebildete (v.l.n.r.)

Fabian Gallenkamp (Foto: Vera Gutofski),  
Greta Link (Foto: Jennifer Rumbach),  
Marcus Sielaff, Ina Tresp (Fotos: Vera  
Gutofski)



## Difu in Enquête-Kommission Klimaschutzstrategie für Land Bremen

Difu-Wissenschaftlerin Cornelia Rösler wurde als Sachverständige in die Enquête-Kommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ berufen. Während der konstituierenden Sitzung am 20. März, auf der die neun Abgeordneten und neun Sachverständigen erstmals zusammenkamen, stand die Arbeit an Klimaschutzszenarien 2030 für das Land Bremen im Fokus. Ziel der Kommission ist es, in den nächsten 18 Monaten einen bereichsübergreifenden Klimaplan als Empfehlung für den Bremer Senat zu erarbeiten, der das Erreichen der Pariser Klimaziele ermöglichen soll.

- ➔ [www.bit.ly/3aMnSQm](http://www.bit.ly/3aMnSQm)
- ➔ [www.vimeo.com/420056443](https://www.vimeo.com/420056443)

## Das Difu ist Mitglied von BR50, der Initiative außeruniversitärer Forschungseinrichtungen Berlins

Berlin als internationale Wissenschaftsmetropole zu stärken, ist Ziel der gemeinsamen Initiative von über 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Hauptstadt. Sie haben sich im Frühjahr zu „Berlin Research 50“ (BR50) zusammengeschlossen. Das Difu engagiert sich in der Unit Sozial- und Geisteswissenschaften, kurz „Humanities“. Die Abstimmung zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen soll dadurch erleichtert und eine zentrale Anlaufstelle für die Zusammenarbeit mit den Berliner Universitäten geschaffen werden. Ähnlich der Berlin University Alliance (BUA), dem Verbund Berliner Hochschulen, will BR50 eine Dialogplattform für alle beteiligten außeruniversitären Institute bereitstellen.

- ➔ [www.br50.org](http://www.br50.org)

## Kommunalrichtlinie fördert Klimaschutzprojekte ganzjährig

Seit Jahresbeginn können Kommunen und kommunale Akteur\*innen für ihre Klimaschutzprojekte erneut Fördergelder im Rahmen der Kommunalrichtlinie beantragen. Neu ist, dass die Antragsstellung jetzt ganzjährig möglich ist. Damit Projekte schneller und flexibler in die Umsetzung gehen, hat das Bundesumweltministerium (BMU) an einigen Stellschrauben gedreht, beispielsweise wurde die Mindestzuwendung für Mobilitätsstationen und Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs auf 5.000

Euro herabgesetzt. In einigen Bereichen entfällt zudem die Maximalfördersumme. Zu Fördermöglichkeiten im kommunalen Klimaschutz berät das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des BMU.

- ➔ [www.bit.ly/2K7wtlk](http://www.bit.ly/2K7wtlk)

## Das Difu ist jetzt auch auf Twitter präsent – bitte folgen: @difu\_d

Seit vielen Jahren veröffentlicht das Difu tagesaktuell Neuigkeiten über seine Facebook-Seite [www.facebook.com/difu.de](https://www.facebook.com/difu.de). Künftig können Difu-Inhalte auch über den neuen Twitter-Kanal des Instituts gefunden und geteilt werden. Das Difu freut sich auf den Austausch und auf viele aktive Twitter-Follower\*innen.

- ➔ [www.twitter.com/difu\\_d](https://www.twitter.com/difu_d)

## Difu-Experte in Fachdiskussion im Deutschen Bundestag

Difu-Wissenschaftler Thomas Preuss nahm am 6. Mai 2020 als Experte an einem öffentlichen Fachgespräch des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages teil. An dem Austausch zum Thema „Flächeninanspruchnahme – Flächen nachhaltig nutzen“ beteiligten sich neben dem Difu-Teamleiter Ressourcen und Immissionschutz im Forschungsbereich Umwelt Experten vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Hochschule Trier. Thomas Preuß unterstrich in dem Gespräch die Notwendigkeit des Abbaus ökonomischer Fehlreize.

- ➔ [www.bit.ly/2AiOJXu](http://www.bit.ly/2AiOJXu)

## Literaturdatenbank rund um das Thema Kinder- und Jugendhilfe

Fast 22.000 Nachweise zum Thema Kinder- und Jugendhilfe enthält die Literaturdatenbank des „Dialogforum – Bund trifft kommunale Praxis: Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ am Difu. In dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekt geht es u.a. darum, den kontinuierlichen Austausch zwischen Bund und Kommunen über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf die Reform des SGB VIII und die Etablierung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen.

- ➔ [www.bit.ly/3bVGopK](http://www.bit.ly/3bVGopK)

## Online-Difu-Dialog mit der Fahrradakademie zu Popupbikelanes

Nicht nur in Deutschland wird derzeit intensiv über die Zukunft der Mobilität diskutiert. Und die durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen Veränderungen haben diese Diskussion zusätzlich befeuert. Das Difu hat gemeinsam mit der Fahrradakademie am Difu einen Online-Difu-Dialog angeboten, in dem speziell auf die neuen Popupbikelanes in Berlin und in anderen internationalen Städten eingegangen wurde. Die beiden Gesprächspartner Peter Broytman (Koordinierungsstelle Radverkehr für das Land Berlin) und Felix Weisbrich (Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg) schildern darin, wie einfach und schnell die Umsetzung funktioniert. Der von der Leiterin der Fahrradakademie Dagmar Köhler moderierte Dialog steht online zum Nachsehen zur bereit:

- ➔ [www.difu.de/13425](http://www.difu.de/13425)

## Corona und die Verkehrswende – was sind Chancen, was Risiken?

Am 5.5.2020 war Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer als Gast eingeladen zum ersten „Digitalen Dienstag“ der Planersocietät in Dortmund. Sie diskutierte in dem live auf Youtube gestreamten Gespräch mit Kevin Hillen und Michael Frehn von der Planersocietät über das Thema „Corona und die Verkehrswende – was sind Chancen und Risiken?“. Die Sendung wurde dokumentiert und kann über den Youtube-Kanal nachgesehen werden.

- ➔ [www.youtube.com/watch?v=H-uLAd3oIFM](https://www.youtube.com/watch?v=H-uLAd3oIFM)

## ARL-Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Die ARL bietet eine kostenfreie Online-Variante des Handwörterbuchs der Stadt- und Raumentwicklung aus dem Eigenverlag an. Alle 284 Einzelbeiträge stehen über die Seite zum Download zur Verfügung. Die Einzelbeiträge sind dafür in einem alphabetischen Verzeichnis strukturiert. Am Handbuch haben auch mehrere Difu-Wissenschaftler\*innen durch Beiträge beigetragen.

- ➔ [www.bit.ly/2ZgOwOZ](http://www.bit.ly/2ZgOwOZ)

## Fotos/Screenshots (v.l.n.r.)

Cornelia Rösler, Bremen; Fachdiskussion im Deutschen Bundestag; Uta Bauer bei der Planersocietät; Difu-Dialog mit Dagmar Köhler



## Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunalbezogene Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: [www.difu.de/extranet](http://www.difu.de/extranet)

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören: [www.difu.de/15192](http://www.difu.de/15192)

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.  
+49 30/39001-274  
plagemann@difu.de

## Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender: Bezugsverfahren vereinfacht

Die Bestellung kostenfreier Difu-eBooks kann künftig auch direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zum Erhalt der einzelnen Codes müssen daher nicht mehr jedesmal die Difu-Ansprechpartner\*innen kontaktiert werden. Details hierzu auf der Difu-Homepage: [www.difu.de/12544](http://www.difu.de/12544)

## Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 2/2020 [www.difu.de/15233](http://www.difu.de/15233)

Blau-grün-graue Infrastrukturen vernetzt planen und umsetzen [www.difu.de/15415](http://www.difu.de/15415)

Städtebaulicher Denkmalschutz 2009 – 2015 Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms [www.difu.de/15399](http://www.difu.de/15399)

Fallstudien guter Praxis der BNE-Verankerung in Kommunen [www.difu.de/13431](http://www.difu.de/13431)

#klimahacks No. 3: Mach Dein Projekt zu klimafreundlichem Tourismus. Eine Anleitung für mehr Klimaschutz [www.difu.de/13399](http://www.difu.de/13399)

Integration von Ansätzen geteilter Mobilität in nachhaltigen urbanen Verkehrsentwicklungsplänen (SUMP) [www.difu.de/13383](http://www.difu.de/13383)

Quartiersebene als Infrastrukturverbund – Klimaschutzpotenziale und Synergien mit dem Umweltschutz. Studie für das neue Umweltgutachten 2020 des Sachverständigenrats für Umweltfragen [www.bit.ly/2yXDRxK](http://www.bit.ly/2yXDRxK)

## Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Mobilität in Zeiten von Corona: Die neuen "Pop-Up-Radwege" in Berlin Video vom gemeinsamen Online-Difu Dialog mit der Fahrradakademie [www.difu.de/13425](http://www.difu.de/13425)

Produktive Stadt II - Instrumente und Gestaltungsräume [www.difu.de/13400](http://www.difu.de/13400)

Visionen greifbar machen - Auswirkungen strategischer Entscheidungen abschätzen [www.difu.de/13401](http://www.difu.de/13401)

Sichere Veranstaltungen im öffentlichen Raum [www.difu.de/13392](http://www.difu.de/13392)

Wissenschaft in der Stadt - Chancen, Grenzen, Perspektiven beim Miteinander von Kommunen und Hochschulen [www.difu.de/13386](http://www.difu.de/13386)



### Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

taz, 25.5.2020

#### Bahn frei! Mehr Radwege durch Corona-Krise

Berlin, 2020: Wo vorher drei Spuren für Autos reserviert waren, sind es plötzlich nur noch zwei. Daneben ist urplötzlich ein Radweg entstanden.

➔ [www.bit.ly/3c4YFRn](http://www.bit.ly/3c4YFRn)

Springer Professional, 22.5.2020

#### Kommunen fahren Investitionen massiv zurück

Viele Städte und Gemeinden rechnen aufgrund der Krise mit einbrechenden Einnahmen, mehr Ausgaben und damit auch mit einer steigenden Schuldenlast. Das Geld für kommunale Investitionen wird daher vieler Orts knapp, zeigt eine aktuelle Befragung.

➔ [www.bit.ly/3bUNpH0](http://www.bit.ly/3bUNpH0)

Frankfurter Rundschau, 22.5.2020

#### Mehr Chance als Schaden? Sharing in der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die Anbieter von Leihsystemen für Fahrräder, E-Tretroller und Autos hart getroffen. Doch trotz Virusangst glauben Fachleute nicht an dauerhaften Nutzerschwund. Allerdings werde nicht jedes Verkehrsmittel gleichermaßen gut durch die Krise kommen.

➔ [www.bit.ly/2LVWV2d](http://www.bit.ly/2LVWV2d)

Süddeutsche Zeitung, 2.5.2020

#### Wenn das Virus die Autos wegdrängt

Das Abstandsgebot macht es möglich: Zahlreiche Städte, wie etwa Berlin, weisen zusätzliche Radwege aus und nehmen den Autofahrern dafür Platz weg. Doch der Widerstand gegen eine von Corona begünstigte Verkehrspolitik formiert sich bereits.

➔ [www.bit.ly/3crhKhU](http://www.bit.ly/3crhKhU)

Alternative Kommunal Politik, 3/2020

#### Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zukunft lernen in Kommunen

Kommunen sind die Orte, an denen Bildungsprozesse über die gesamte Lebensspanne organisiert werden. Da bei der Bildung für

nachhaltige Entwicklung (BNE) nicht nur dem Lernen in Institutionen, sondern auch dem non-formalen und informellen Lernen besondere Bedeutung zukommt, bieten der Bund, zum Teil auch die Länder sowie Nichtregierungsorganisationen den Kommunen Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung an.

➔ [www.bit.ly/2A3yxJF](http://www.bit.ly/2A3yxJF)

Bayerische GemeindeZeitung, Nr. 8/2020  
17.4.2020

#### Wie Städte gesünder werden

Wie sollte eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aussehen? Dieser Frage ging die am Difu angesiedelte „Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ (AGGSE) nach. Deren Diskussionsergebnisse wurden nun als „Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung“ in Form von fünf Thesen veröffentlicht.

➔ [www.bit.ly/3etiLHF](http://www.bit.ly/3etiLHF)

Frankfurter Rundschau, 3.4.2020

#### Corona-Schutzschild für Kommunen

Die Einnahmen von Städten und Gemeinden könnten durch die Coronakrise um 20 Milliarden Euro sinken. Deshalb ist auch ein Schutzschild nötig. Der Gastbeitrag. Von Achim Truger und Carsten Kühl.

➔ [www.bit.ly/2VhjBzN](http://www.bit.ly/2VhjBzN)

Der Tagesspiegel, 2.4.2020

#### 50 Milliarden Rücklagen „tragen nur ein Stück weit“

Deutschlands Kommunen müssen mit Milliardenausfällen bei der Gewerbesteuer rechnen. Experten raten, ihnen mehr Schulden zu ermöglichen.

➔ [www.bit.ly/3cujAOK](http://www.bit.ly/3cujAOK)

fairkehr, 2/2020 (1.4.2020)

#### Radfahren in der Corona-Pandemie

Mobil bleiben mit ausreichend Abstand – Berlin und Bogotá schaffen neue Angebote während der Corona-Pandemie.

➔ [www.bit.ly/35SLq4V](http://www.bit.ly/35SLq4V)

Kommunal., 13.3.2020

#### Nachhaltigkeit in Kommunen – Für die Zukunft unserer Enkelkinder

Wie werden Kommunen nachhaltiger? Was setzen andere Vorreiter-Kommunen bereits um? Ein Experte nennt Best-Practice Beispiele – von

plastikfreien Veranstaltungen, Gebrauchtkaufhäusern bis hin zur Umstellung von Energie – und verrät, warum es mit der Umsetzung von Leuchtturmprojekten längst nicht getan ist.

➔ [www.bit.ly/2VuTX9i](http://www.bit.ly/2VuTX9i)

Transforming Cities, 9.3.2020

#### Wie Städte gesünder werden können

Nachhaltig, sozial und partizipativ: Fachleute aus Gesundheitswesen und Stadtentwicklung geben Anregungen für gesundheitsfördernde Maßnahmen in Kommunen

➔ [www.bit.ly/3euriu0](http://www.bit.ly/3euriu0)

Radio Bremen, buten un binnen, 9.3.2020

#### Klimaschutzziel für Bremen 2030: Kommission geht Mammutaufgabe an

Die erste Enquête-Kommission in der Geschichte der Bremischen Bürgerschaft soll Bremens Weg zu mehr Klimaschutz ebnen – ihr Vorsitzender erklärt, wie das gelingen soll.

➔ [www.bit.ly/2xFuTJV](http://www.bit.ly/2xFuTJV)

Westfalenpost, 6.3.2020

#### Ratsmehrheit in Herdecke will Angaben zu Klimaschutz

Der Deutsche Städtetag hat seine Orientierungshilfe zur Klimarelevanz mit dem Deutschen Institut für Urbanistik entwickelt. Es geht um eine „möglichst einfache und wenig aufwändige Vorgehensweise“ als Hilfe gerade für ehrenamtliche Politiker.

➔ [www.bit.ly/2AZF6xg](http://www.bit.ly/2AZF6xg)

Wiener Zeitung online, 2.3.2020

#### Städtische Daten: Zu wichtig, um sie Google zu überlassen

Wien bringt mit einer eigenen Datenplattform die Dateninfrastruktur wieder unter städtische Kontrolle. Das passt zu einem Smart City-Ansatz, bei dem Mitbestimmung groß geschrieben wird.

➔ [www.bit.ly/34QL8v2](http://www.bit.ly/34QL8v2)

BR 24, 25.2.2020

#### Klimaschützer rufen Bürger zur „CO<sub>2</sub>-Fasten Challenge 2020“ auf

Die „CO<sub>2</sub>-Fasten Challenge“ der Metropolregion Nürnberg ruft Bürger zur Fastenzeit wieder dazu auf, ihren ökologischen Fußabdruck zu verbessern. Sie sollen im Alltag auf das umweltschädliche Kohlenstoffdioxid verzichten.

➔ [www.bit.ly/3acn86p](http://www.bit.ly/3acn86p)



Deutsches Institut  
für Urbanistik

[www.difu.de](http://www.difu.de)

